

Landschaftsverband Rheinland

Gesamtergebnisrechnung 2014

	2014	2013
	€	€
1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.795.116.597,48	2.685.918.848,66
2 + Sonstige Transfererträge	288.635.697,08	277.140.173,58
3 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.331,90	35.825,00
4 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	669.180.310,69	657.498.158,73
5 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	503.325.526,25	391.059.877,96
6 + Sonstige ordentliche Erträge	34.963.165,68	52.171.450,70
7 + Aktivierte Eigenleistungen	1.703.983,84	2.941.974,57
8 +/- Bestandsveränderungen	-512.370,28	-523.547,17
9 = Ordentliche Gesamterträge	4.292.448.242,64	4.066.242.762,03
10 - Personalaufwendungen	837.755.307,65	817.456.225,41
11 - Versorgungsaufwendungen	55.612.825,78	37.221.428,59
12 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	635.919.334,65	528.034.617,44
13 - Bilanzielle Abschreibungen	51.822.776,23	50.404.041,85
14 - Transferaufwendungen	2.616.214.661,20	2.504.527.905,66
15 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	94.730.916,37	115.149.953,25
16 = Ordentliche Gesamtaufwendungen	4.292.055.821,88	4.052.794.172,20
17 = Ordentliches Gesamtergebnis	392.420,76	13.448.589,83
18 + Finanzerträge	25.895.847,28	26.550.926,19
19 - Finanzaufwendungen	13.663.718,73	15.090.291,70
20 = Gesamtfinanzergebnis	12.232.128,55	11.460.634,49
21 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	12.624.549,31	24.909.224,32
22 + Außerordentliche Erträge	18.390.675,33	0,00
23 = Außerordentliches Gesamtergebnis	18.390.675,33	0,00
24 = Gesamtjahresergebnis	31.015.224,64	24.909.224,32
25 - Anderen Gesellschaftern zuzurechendes Ergebnis	112.112,72	98.305,02
26 = Gesamtergebnisanteil des Landschaftsverbands Rheinland	30.903.111,92	24.810.919,30
27 +/- Ergebnisvorträge	24.810.919,30	-3.983.000,88
28 - Einstellung in die Allgemeine Rücklage	-15.837.606,68	-18.669.202,99
29 -/+ Einstellung / Entnahme Ausgleichsrücklage	-27.363.987,95	22.652.203,87
30 = Gesamtbilanzgewinn	12.512.436,59	24.810.919,30
31 Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage		
31.1 + Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	19.200,00	35.800,00
31.2 - Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	5.450,00
31.3 - Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	730.453,58	1.374.425,13
32 = Verrechnungssaldo	-711.253,58	-1.344.075,13

Gesamtanhang
zum Gesamtabchluss
zum 31.12.2014

Landschaftsverband Rheinland



Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Gesamtabschlusses.....	1
2	Angaben zum Konsolidierungskreis.....	1
3	Angaben zu den Konsolidierungsmethoden	3
4	Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	4
5	Angaben zur Gesamtbilanz.....	6
6	Angaben zur Gesamtergebnisrechnung	10
7	Gesamtkapitalflussrechnung	11

1 Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Gesamtabchlusses

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat nach den Vorschriften der Landschaftsverbandordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerbO) sowie der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und der Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Gemeindehaushaltsverordnung NRW - GemHVO NRW) den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2014 aufgestellt. Sofern ergänzende Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) anzuwenden waren, wurden gemäß der starren Verweisung in § 49 Absatz 4 GemHVO NRW die einschlägigen Regelungen des Handelsgesetzbuches in der Fassung vom 25. Mai 2009 berücksichtigt.

Die Ausweiswahlrechte wurden weitestgehend zugunsten des Gesamtanhangs ausgeübt.

Das Geschäftsjahr für den Konzern und die zu konsolidierenden Einrichtungen entspricht dem Kalenderjahr.

2 Angaben zum Konsolidierungskreis

Der Vollkonsolidierungskreis besteht zum 31. Dezember 2014 neben dem LVR unverändert aus sechzehn Sondervermögen sowie zwei verbundenen Unternehmen und einer Stiftung und setzt sich wie folgt zusammen:

Name der Einrichtung	Kapitalanteil zum 31.12.2014 in %
LVR-Klinik Bedburg-Hau, Bedburg-Hau	100
LVR-Klinik Bonn, Bonn	100
LVR-Klinik Düren, Düren	100
LVR-Klinikum Düsseldorf, Düsseldorf	100
LVR-Klinikum Essen, Essen	100
LVR-Klinik Köln, Köln	100
LVR-Klinik Langenfeld, Langenfeld	100
LVR-Klinik Mönchengladbach, Mönchengladbach	100
LVR-Klinik Viersen, Viersen	100
LVR-Klinik für Orthopädie Viersen, Viersen	100
LVR-Krankenhauszentralwäscherei, Bedburg-Hau	100
LVR-HPH-Netz Niederrhein, Bedburg-Hau	100
LVR-HPH-Netz Ost, Langenfeld	100
LVR-HPH-Netz West, Viersen	100
LVR-Jugendhilfe Rheinland, Solingen	100
LVR-InfoKom, Köln	100
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des Landschaftsverbandes Rheinland, Köln	100
Rheinland Kultur GmbH, Pulheim-Brauweiler	100
Rheinische Beamten-Baugesellschaft mbH, Köln	90

Nicht in den Gesamtabchluss einbezogen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns die Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler, Köln, mit einem Kapitalanteil zum 31. Dezember 2014 von 50 %.

Auf die Beteiligungen an den folgenden assoziierten Einrichtungen sind die Vorschriften des § 50 Absatz 3 GemHVO i.V.m. §§ 311 Absatz 1 und 312 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns zum 31. Dezember 2014 nicht angewendet worden:

Name der Einrichtung	Kapitalanteil zum 31.12.2014 in %
Energeticon gGmbH, Alsdorf	50,00
Vogelsang ip gGmbH, Schleiden	50,00
Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH, Köln	49,00
RW Beteiligungsgesellschaft II mbH, Düsseldorf	48,92
Klinikum Oberberg GmbH, Gummersbach	28,00
Haus Freudenberg GmbH, Kleve	25,10
Stiftung Scheibler Museum ROTES HAUS Monschau, Köln	50,00
Stiftung DIE SCHEUNE Spinnen/Weben – Sammlung Tillmann, Nettetal	40,76

Darüber hinaus ist der LVR mit 32,67 % am Stammkapital der Provinzial Rheinland Holding AöR, Düsseldorf, beteiligt. Zum Bilanzstichtag besteht kein maßgeblicher Einfluss des LVR an der Anstalt.

3 Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Bei der **Kapitalkonsolidierung** wurde die Neubewertungsmethode gemäß § 50 Absatz 1 und 2 GemHVO NRW i.V.m. § 301 Absatz 1 HGB angewandt. In diesem Zusammenhang erfolgte die Verrechnung der Beteiligungsbuchwerte mit dem Eigenkapital der Konzerntochtereinrichtungen auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs durch den LVR. Dabei wurden im Rahmen der Erstkonsolidierung zum 1. Januar 2010 die vom LVR bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung angesetzten Wertansätze herangezogen, da diese Zeitwerte im Rahmen der kommunalen Rechnungslegung fiktive Anschaffungskosten für den Eröffnungsbilanzstichtag gemäß § 92 Absatz 3 GO NRW darstellen.

Im Zeitpunkt der Erstkonsolidierung sind bei der Kapitalkonsolidierung aktive Unterschiedsbeträge von € 3.682.142,81 und passive Unterschiedsbeträge von € 31.732.999,18 ermittelt worden. Die aktiven Unterschiedsbeträge haben den Charakter eines Geschäfts- oder Firmenwertes. Bei den passiven Unterschiedsbeträgen handelt es sich im Wesentlichen um thesaurierte Gewinne zwischen dem Erstellungszeitpunkt der Eröffnungsbilanz der

Kernverwaltung und dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung. Die passiven Unterschiedsbeträge haben somit Rücklagencharakter. Gemäß § 49 Absatz 4 GemHVO NRW und § 301 Absatz 3 HGB werden der aktive Unterschiedsbetrag in Höhe von unverändert € 3.437.963,53 als „Geschäfts- oder Firmenwert“ unter den immateriellen Vermögensgegenständen und der passive Unterschiedsbetrag in Höhe von € 31.373.782,15 (im Vorjahr € 31.374.282,15) als „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ bilanziert. Der passive „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ wird aufgrund seines Rücklagencharakters im Eigenkapital ausgewiesen. Im Haushaltsjahr 2014 hat eine Grundstücksübertragung bei einer Konzerntochtereinrichtung zu einer weiteren Verminderung des passiven „Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung“ um € 500,00 geführt.

Die **Schuldenkonsolidierung** erfolgte nach § 50 Absatz 1 und 2 GemHVO NRW i.V.m. § 303 Absatz 1 HGB durch Eliminierung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten zwischen den Konzerneinrichtungen.

Von einer **Zwischenergebniseliminierung** wurde gemäß § 50 Absatz 1 und 2 GemHVO NRW abgesehen, da Lieferungen und Leistungen zwischen den Konzerneinrichtungen auf Selbstkostenbasis vorgenommen wurden. Die Ermittlung der Wertansätze erfordert einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und ist für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Die **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** erfolgte gemäß § 50 Absatz 1 und 2 GemHVO NRW i.V.m. § 305 Absatz 1 HGB durch Verrechnung der Erträge zwischen den Konzerneinrichtungen mit den auf sie entfallenden Aufwendungen.

4 Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2014 wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung erstellt.

Die Jahresabschlüsse der vollkonsolidierten Konzerntochtereinrichtungen wurden für den Gesamtabchluss entsprechend den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich einheitlich nach den beim LVR geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Beachtung der Regelungen der GO NRW und der GemHVO NRW aufgestellt.

Die Bewertung der einzelnen Vermögens- und Schuldposten erfolgte dabei insbesondere unter Beachtung der allgemeinen Bewertungsgrundsätze nach § 32 GemHVO NRW.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zu Anschaffungskosten, abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, bewertet.

Das Sachanlagevermögen ist grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und wird, soweit abschreibbar, um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vermindert. Bei dem LVR wurden unbebaute und bebaute Grundstücke im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007 der Kernverwaltung mit vorsichtig geschätzten Zeitwerten angesetzt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden grundsätzlich im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben. Bei einzelnen Konzerntochtereinrichtungen werden geringwertige Wirtschaftsgüter sowie Wirtschaftsgüter bis € 1.000,00 in einem Sammelposten erfasst und zeitanteilig über fünf Jahre abgeschrieben. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns wurde die abweichende Bilanzierung der geringwertigen Wirtschaftsgüter durch die Konzerntochtereinrichtungen beibehalten.

Bei den Finanzanlagen werden die Anteile an assoziierten Unternehmen, übrige Beteiligungen und Stiftungen gemäß § 55 Absatz 6 Satz 2 GemHVO NRW mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt. Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgt gemäß § 55 Absatz 7 GemHVO NRW mit dem beizulegenden Wert bzw. den historischen Anschaffungskosten. Soweit dieser Ansatz nicht zu einer zutreffenden Abbildung der tatsächlichen Vermögenslage führt, sind die Wertpapiere sowie einzelne Beteiligungen unter Beachtung des Vorsichtsprinzips mit dem Ertragswert angesetzt worden. Ausleihungen werden mit ihrem Nominalwert bzw. einem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Dabei wurden teilweise Durchschnittswerte oder der letzte Einstandspreis angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennbetrag aktiviert. Zweifelhafte Forderungen sind mit dem wahrscheinlich eingehenden Wert angesetzt worden. Neben Einzelwertberichtigungen wurden pauschale Bewertungsabschläge für das allgemeine Ausfall- und Kreditrisiko vorgenommen.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Der Ansatz der liquiden Mittel erfolgte zum Nennwert.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag geleistete Zahlungen, die Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen, ausgewiesen. Der Ausweis erfolgt zum Nennwert.

Die Sonderposten beinhalten von Dritten vereinnahmte zweckgebundene Zuwendungen. Sie werden entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände ertragswirksam aufgelöst.

Allen am Bilanzstichtag bestehenden und bis zur Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken ist durch die Bildung von Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Für die Pensionsverpflichtungen wurden Rückstellungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften für bestehende Versorgungsansprüche und Anwartschaften sowie andere fortgeltende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst gebildet. Für die Rückstellungen wurde der Barwert im Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinsfuß von fünf Prozent ermittelt.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bzw. Nennwert angesetzt.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen, ausgewiesen. Der Ausweis erfolgt zum Nennwert.

5 Angaben zur Gesamtbilanz

In der Gesamtbilanz wurden auf der Aktivseite die Posten

- 1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwert
- 1.1.2 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände
- 1.2.2.4 Krankenhäuser
- 1.2.2.5 Soziale Einrichtungen
- 1.3.7 Stiftungen
- 2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen
- 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

und auf der Passivseite die Posten

- 1.4 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung
- 4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen
- 4.7 Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht
- 4.8 Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Zuschüssen zur Finanzierung von Anlagevermögen

aus Gründen der Bilanzklarheit hinzugefügt.

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt, der als Anlage 1 beigefügt ist.

Zum 31. Dezember 2014 wurden sonstige Ausleihungen aufgrund fortwährender Wertminderungen mit T€ 730 auf den unter den Anschaffungskosten liegenden Marktwert abgeschrieben. Darüber hinaus sind im Haushaltsjahr 2014 insgesamt Buchgewinne aus dem Abgang von nicht mehr zur gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung benötigten Vermögensgegenständen von T€ 19 angefallen. Die vorstehenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW und § 90 Absatz 3 GO NRW ergebnisneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

Die Anteile an assoziierten Unternehmen betreffen die Haus Freudenberg GmbH, die Klinikum Oberberg GmbH, die Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH, die Vogelsang ip gGmbH, die Energeticon gGmbH und die RW Beteiligungsgesellschaft II mbH.

Die übrigen Beteiligungen entfallen zum Bilanzstichtag insbesondere auf Anteile des LVR an der Provinzial Rheinland Holding AöR.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens betreffen vor allem Aktienbestände des LVR zum 31. Dezember 2014 an der RWE AG sowie Schuldscheindarlehen und Schuldverschreibungen.

Unter den Ausleihungen sind vor allem langfristige Darlehen des LVR, die dieser im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgabenerfüllung vergibt, aktiviert.

Bei den Finanzanlagen werden auch die rechtlich selbstständigen Stiftungen ausgewiesen. Vor dem Hintergrund der Verwendungsbeschränkung des Stiftungsvermögens wurde im Eigenkapital eine Sonderrücklage in Höhe des aktivierten Wertansatzes der Stiftungen passiviert.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen bestehen vor allem gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Nordrhein-Westfalen und diversen Kommunen.

Die privatrechtlichen Forderungen betreffen vor allem Forderungen gegenüber Krankenkassen und sonstigen Sozialleistungsträgern sowie Kostenerstattungen gegenüber öffentlichen Einrichtungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände entfallen vor allem auf die Ausgleichsabgabe. Darüber hinaus werden in den sonstigen Vermögensgegenständen Aufrechnungsdifferenzen aus der Schuldenkonsolidierung von kumuliert € 0,297 Mio (im Vorjahr € 0,039 Mio) ausgewiesen. Die kumulierten Aufrechnungsdifferenzen ergeben sich aus Forderungsüberhängen von € 0,684 Mio (im Vorjahr € 1,190 Mio) und Verbindlichkeitsüberhängen von € 0,387 Mio (im Vorjahr € 1,151 Mio). Die Aufklärung der Aufrechnungsdifferenzen erfordert einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und ist für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens handelt es sich um Termingeldanlagen, die der kurzfristigen Liquiditätssicherung dienen.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten entfallen hauptsächlich auf Vorauszahlungen von Sozialhilfeleistungen und Beamtenbezügen, die jeweils den Monat Januar des Folgejahres betreffen sowie auf die Ausgleichsabgabe auf Zuschusszahlungen für Investitionen.

Die Allgemeine Rücklage wurde zunächst als Unterschiedsbetrag zwischen den Vermögens- und Schuldposten des LVR im Rahmen der Eröffnungsbilanzerstellung ermittelt. Seit dem erfolgte eine Fortschreibung der Allgemeinen Rücklage durch erfolgsneutrale Berichtigungsbuchungen zur Eröffnungsbilanz des LVR und durch Zuführungen von erwirtschafteten Jahresüberschüssen des LVR. Weitere Fortschreibungen der Allgemeinen Rücklage ergeben sich durch Zuführungen und Entnahmen bei den Rücklagen der Konzerntochtereinrichtungen. Darüber hinaus werden Wertkorrekturen auf zum Verkauf bestimmte Immobilien und auf Finanzanlagen sowie Buchgewinne und -verluste aus Anlagenabgängen gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW und § 90 Absatz 3 GO NRW ergebnisneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Die vorstehenden Wertkorrekturen auf Immobilien sowie Buchgewinne und -verluste aus Anlagenabgängen müssen dabei Vermögensgegenstände betreffen, die der LVR zur gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung in absehbarer Zeit nicht mehr benötigt.

Die Sonderrücklage bildet den gesetzlich vorgeschrieben betragsgleichen Gegenposten zu den aktivierten rechtlich selbstständigen Stiftungen.

Die Ausgleichsrücklage wurde in der Eröffnungsbilanz des LVR in Höhe von einem Drittel des Eigenkapitals gebildet. Seit dem haben erfolgsneutrale Berichtigungsbuchungen zur Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung sowie Inanspruchnahmen zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen der Kernverwaltung zu betraglichen Anpassungen der Ausgleichsrücklage geführt. Im Berichtsjahr erfolgte eine Zuführung des Jahresüberschusses 2013 der Kernverwaltung in Höhe von € 8,97 Mio. Darüber hinaus wurde der Ausgleichsrücklage zum 31. Dezember 2014 der außerordentliche Ertrag aus der Erhebung der Bedarfsumlage nach dem Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW in Höhe von € 18,39 Mio im Rahmen der teilweisen Verwendung des Gesamtjahresergebnisses 2014 gemäß § 49 Absatz 3 GemHVO NRW i.V.m. § 41 GemHVO NRW zugeführt. In diesem Zusammenhang wurde der Posten der Gesamtbilanz „Gesamtjahresergebnis“ durch den Posten „Gesamtbilanzgewinn“ ersetzt und die Gesamtergebnisrechnung um eine Verwendungsrechnung erweitert. Die Vorjahresangaben wurden entsprechend angepasst.

Der Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter entfällt auf die Minderheitenanteile einer zum Bilanzstichtag vollkonsolidierten Einrichtung.

Der Sonderposten für Zuwendungen beinhaltet insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse von der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Nordrhein-Westfalen, von Kommunen und Dritten zur Finanzierung der Anschaffung von Vermögensgegenständen.

Der sonstige Sonderposten wurde zur bilanz- und ergebnismäßigen Neutralisierung der Ausgleichsabgabe sowie auch von Mitteln der Altenpflegeumlage gebildet.

Die Pensionsrückstellungen wurden gemäß § 36 Absatz 1 GemHVO NRW für entsprechende Verpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften für bestehende Versorgungsansprüche und Anwartschaften sowie andere fortgeltende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst gebildet.

Bei den Instandhaltungsrückstellungen handelt es sich entsprechend § 36 Absatz 3 GemHVO NRW um unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen an Sachanlagen zum Bilanzstichtag, deren Nachholung hinreichend konkret beabsichtigt ist.

Die Steuerrückstellungen betreffen vor allem Ertrags- und Umsatzsteuerverpflichtungen von Betrieben gewerblicher Art.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf offene Sozialtransfervorgänge, drohende Verluste, Altersteilzeitverpflichtungen, Prozessrisiken sowie Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen.

Die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten und ihre Restlaufzeiten ergeben sich aus dem nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel:

Gesamtverbindlichkeitspiegel zum 31.12.2014				
Art der Verbindlichkeiten	Stand 31.12.2014	mit einer Restlaufzeit von		
	€	bis zu 1 Jahr €	1 bis 5 Jahre €	mehr als 5 Jahre €
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	463.635.521,38	117.262.106,34	97.630.641,49	248.742.773,55
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	15.833.345,30	2.410.577,03	10.544.512,46	2.878.255,81
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.490.137,76	27.490.137,76	0,00	0,00
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	346.274.953,66	346.274.953,66	0,00	0,00
<i>davon Ausgleichsabgabe</i>	69.920.000,00	69.920.000,00	0,00	0,00
4.7 Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	33.126.005,17	33.126.005,17	0,00	0,00
4.8 Verbindlichkeiten aus nicht verwendeten Zuwendungen zur Finanzierung von Anlagevermögen	7.835.915,17	7.835.915,17	0,00	0,00
4.9 Sonstige Verbindlichkeiten	87.437.583,80	87.404.377,89	33.205,91	0,00
<i>davon Ausgleichsabgabe</i>	983.995,08	983.995,08	0,00	0,00
4.10 Erhaltene Anzahlungen	11.250.709,07	11.250.709,07	0,00	0,00
<i>davon Ausgleichsabgabe</i>	3.755.321,03	3.755.321,03	0,00	0,00
Summe aller Verbindlichkeiten	992.884.171,31	633.054.782,09	108.208.359,86	251.621.029,36

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich hauptsächlich um von den Rentenversicherungsträgern an den LVR im Dezember vorausbezahlte Rentenbeiträge für den Folgemonat, die von den Leistungsempfängern an den LVR abgetreten wurden.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten aufgrund von Bürgschaftsübernahmen in Höhe von T€ 12.830 (im Vorjahr T€ 17.830) sowie aus der Begebung von Grundpfandrechten in Höhe von T€ 27.752 (im Vorjahr T€ 27.247).

6 Angaben zur Gesamtergebnisrechnung

In den sonstigen ordentlichen Erträgen werden Aufrechnungsdifferenzen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung von kumuliert € 0,274 Mio (Vorjahr € 0,743 Mio) ausgewiesen. Die

kumulierten Aufrechnungsdifferenzen ergeben sich aus Aufwandsüberhängen von € 0,328 Mio (Vorjahr € 1,171 Mio) und Ertragsüberhängen von € 0,602 Mio (Vorjahr € 1,914 Mio). Die Aufklärung der Aufrechnungsdifferenzen erfordert einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und ist für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der maßgeblichen Posten der Gesamtergebnisrechnung ist in dem Gesamtlagebericht dargestellt.

7 Gesamtkapitalflussrechnung

Die Gesamtkapitalflussrechnung nach § 51 Absatz 3 GemHVO NRW für das Haushaltsjahr 2014 stellt sich wie folgt dar:

Gesamtkapitalflussrechnung			
		2014	2013
		T€	T€
1	Gesamtjahresergebnis	31.015	24.909
2	Abschreibungen auf das Anlagevermögen	51.823	50.404
3	Gewinn aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-1	-1
4	Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	476	216
5	Abnahme an Vorräten und geleisteten Anzahlungen auf Vorräte	603	384
6	Zunahme von Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen	-24.488	-9.076
7	Zunahme von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	-8.972	-406
8	Zunahme von Rückstellungen	156.968	18.863
9	Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	27	7.701
10	Zunahme der Passiva, die der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	5.829	5.422
11	Zunahme (Vorjahr Abnahme) der passiven Rechnungsabgrenzungsposten	89	-422
12	Netto-Zahlungsströme aus laufender Verwaltungstätigkeit	213.369	97.994
13	Auszahlungen (saldiert mit Einzahlungen) aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-7.868	-7.182
14	Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	1	1
15	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.582	4.328
16	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	99.485	29.109
17	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-2.836	-2.223
18	Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen	-55.263	-69.758
19	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-45.395	-80.390
20	Netto-Zahlungsströme aus Investitionstätigkeit	-10.294	-126.115
21	Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen	142.300	102.000
22	saldierte Buchgewinne aus Anlageabgängen bzw. Wertkorrekturen bei nicht mehr benötigten Vermögensgegenständen gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW	19	30
23	Wertkorrekturen bei Finanzanlagen gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW	-730	-1.374
24	Zuführungen (Vorjahr Entnahmen) aus Rücklagen	90	-16
25	Auszahlungen von Dividenden	0	-23
26	Auszahlungen für die Tilgung von Darlehen	-147.436	-144.739
27	Netto-Zahlungsströme aus Finanzierungstätigkeit	-5.757	-44.122
28	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	197.318	-72.243
29	Anfangsbestand des Finanzmittelfonds zum 1. Januar	353.203	425.446
30	Finanzmittelfonds zum 31. Dezember	550.521	353.203

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€
Wertpapiere des Umlaufvermögens	80.459	30.202
Liquide Mittel	470.062	323.001
	550.521	353.203

Gesamtanlagenspiegel

	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwert zum 31.12.2014	Restbuchwert zum 31.12.2013	
	Stand 01.01.2013	Zugang	Abgang	Umbuchungen und Nachaktivierungen	Stand 31.12.2014	Stand 01.01.2013	Zugang	Abgang	Umbuchungen und Nachaktivierung	Stand 31.12.2014			
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwert	3.437.963,53	0,00	0,00	0,00	3.437.963,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.437.963,53	3.437.963,53	
1.1.2 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	40.166.973,22	1.547.722,70	-290.396,52	1.288.216,89	42.712.516,29	33.231.800,76	3.400.663,48	-289.101,37	0,00	36.343.362,87	6.369.153,42	6.935.172,46	
	43.604.936,75	1.547.722,70	-290.396,52	1.288.216,89	46.150.479,82	33.231.800,76	3.400.663,48	-289.101,37	0,00	36.343.362,87	9.807.116,95	10.373.135,99	
1.2 Sachanlagen													
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
1.2.1.1 Grünflächen	491.382,00	0,00	0,00	0,00	491.382,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	491.382,00	491.382,00	
1.2.1.2 Ackerland	3.873.627,38	0,00	0,00	0,00	3.873.627,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.873.627,38	3.873.627,38	
1.2.1.3 Wald und Forsten	2.321.825,00	0,00	0,00	0,00	2.321.825,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.321.825,00	2.321.825,00	
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	27.837.738,57	0,00	0,00	0,00	27.837.738,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.837.738,57	27.837.738,57	
	34.524.572,95	0,00	0,00	0,00	34.524.572,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.524.572,95	34.524.572,95	
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	17.195.406,82	137.046,93	0,00	176.230,28	17.508.684,03	2.550.139,67	417.296,28	0,00	0,00	2.967.435,95	14.541.248,08	14.645.267,15	
1.2.2.2 Schulen	360.379.953,61	1.207.330,62	0,00	-75.228,74	361.512.055,49	60.176.804,63	9.413.310,02	0,00	0,00	69.590.114,65	291.921.940,84	300.203.148,98	
1.2.2.3 Wohnbauten	104.259.139,35	2.546.376,09	-605.288,64	2.492.431,84	108.692.658,64	44.915.637,51	2.306.682,83	-605.288,64	0,00	46.617.031,70	62.075.626,94	59.343.501,84	
1.2.2.4 Krankenhäuser	610.468.925,34	11.421.350,14	-13.873.496,27	55.916.287,60	663.933.066,81	245.957.597,88	11.794.755,55	-13.659.189,23	0,00	244.093.164,20	419.839.902,61	364.511.327,46	
1.2.2.5 Soziale Einrichtungen	77.640.136,03	0,00	-126.877,08	790.719,50	78.303.978,45	22.706.958,09	1.261.088,86	0,00	0,00	23.968.046,95	54.335.931,50	54.933.177,94	
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts-, und Betriebsgebäude	433.233.677,73	2.988.645,04	0,00	1.839.574,61	438.061.897,38	53.284.088,74	6.648.970,86	0,00	0,00	59.933.059,60	378.128.837,78	379.949.588,99	
	1.603.177.238,88	18.300.748,82	-14.605.661,99	61.140.015,09	1.668.012.340,80	429.591.226,52	31.842.104,40	-14.264.477,87	0,00	447.168.853,05	1.220.843.487,75	1.173.586.012,36	
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	8.086.185,17	0,00	0,00	0,00	8.086.185,17	1.338.082,89	283.274,42	0,00	0,00	1.621.357,31	6.464.827,86	6.748.102,28	
1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	51.383.438,36	769.939,83	0,00	1.401.258,42	53.554.636,61	139.832,00	235.596,33	0,00	0,00	375.428,33	53.179.208,28	51.243.606,36	
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	107.213.807,59	2.195.038,57	-1.576.281,06	1.675.956,94	109.508.522,04	78.890.590,67	3.964.820,24	-1.543.186,58	0,00	81.312.224,33	28.196.297,71	28.323.216,92	
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung (Einrichtungen und Ausstattungen)	174.275.407,23	10.889.058,28	-5.854.293,19	1.703.012,99	181.013.185,31	130.726.676,42	12.096.317,36	-5.770.075,38	0,00	137.052.918,40	43.960.266,91	43.548.730,81	
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	80.101.108,70	24.398.767,29	-1.188.675,05	-67.210.586,74	36.100.614,20	65.353,88	0,00	-65.353,88	0,00	0,00	36.100.614,20	80.035.754,82	
	2.058.761.758,88	56.553.552,79	-23.224.911,29	-1.290.343,30	2.090.800.057,08	640.751.762,38	48.422.112,75	-21.643.093,71	0,00	667.530.781,42	1.423.269.275,66	1.418.009.996,50	
1.3 Finanzanlagen													
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	6.503.034,13	0,00	0,00	0,00	6.503.034,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.503.034,13	6.503.034,13	
1.3.3 Übrige Beteiligungen	477.758.037,78	0,00	0,00	0,00	477.758.037,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	477.758.037,78	477.758.037,78	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	269.497.727,48	23.385.564,30	-72.947.483,05	0,00	219.935.808,73	241.438,75	0,00	-168.845,00	0,00	72.593,75	219.863.214,98	269.256.288,73	
1.3.6 Ausleihungen													
1.3.6.2 Ausleihungen an Beteiligungen	28.856.600,66	7.244.419,48	-17.651.085,93	0,00	18.449.934,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.449.934,21	28.856.600,66	
1.3.6.4 Sonstige Ausleihungen	333.154.438,34	14.764.890,79	-9.530.066,16	0,00	338.389.262,97	277.796,97	0,00	0,00	0,00	277.796,97	338.111.466,00	332.876.641,37	
1.3.7 Stiftungen	2.586.021,24	0,00	0,00	0,00	2.586.021,24	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.586.021,24	2.586.021,24	
	1.118.355.859,63	45.394.874,57	-100.128.635,14	0,00	1.063.622.099,06	519.235,72	0,00	-168.845,00	0,00	350.390,72	1.063.271.708,34	1.117.836.623,91	
	3.220.722.555,26	103.496.150,06	-123.643.942,95	-2.126,41	3.200.572.635,96	674.502.798,86	51.822.776,23	-22.101.040,08	0,00	704.224.535,01	2.496.348.100,95	2.546.219.756,40	

Gesamtlagebericht
zum Gesamtabchluss
zum 31.12.2014

Landschaftsverband Rheinland



Inhaltsverzeichnis

1	Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit	1
2	Gesamter Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Gesamtlage.....	2
3	Vorgänge nach dem Bilanzstichtag	8
4	Künftige Geschäftsentwicklung.....	9
4.1	Risikomanagementsystem	9
4.2	Risiken und Chancen.....	12
4.3	Ausblick.....	18
5	Sonstige Angaben	20

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat nach den Vorschriften der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerbO) sowie der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und der Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Gemeindehaushaltsverordnung NRW - GemHVO NRW) den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2014 aufgestellt. Der Gesamtabchluss ist gemäß § 116 Absatz 1 Satz 2 GO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Der Gesamtlagebericht soll entsprechend den Regelungen des § 51 Absatz 1 GemHVO NRW

- das durch den Gesamtabchluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des LVR einschließlich der verselbstständigten Aufgabenbereiche erläutern,
- eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft des LVR unter Einbeziehung der verselbstständigten Aufgabenbereiche und der Gesamtlage des LVR vornehmen sowie
- die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung des LVR aufzeigen.

1 Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit

Der LVR arbeitet als Kommunalverband und Partner der rheinischen Kommunen mit rund 18.000 Beschäftigten für die etwa 9,4 Millionen Menschen im Rheinland. Der LVR erfüllt rheinlandweit Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur. Er ist der größte Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland, betreibt 41 Schulen, zehn Kliniken, drei Netze Heilpädagogischer Hilfen, vier Jugendhilfeeinrichtungen, das Landesjugendamt sowie 19 Museen und Kultureinrichtungen. Er engagiert sich für Inklusion in allen Lebensbereichen.

Der LVR lässt sich dabei von seinem Motto - Qualität für Menschen - leiten.

Mitgliedskörperschaften des LVR sind die 13 kreisfreien Städte, die zwölf Kreise sowie die StädteRegion Aachen im rheinischen Teil des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie tragen und finanzieren den LVR, dessen Arbeit von der Landschaftsversammlung Rheinland mit 124 Mitgliedern aus den rheinischen Kommunen gestaltet wird.

Der LVR erfüllt für die Mitgliedskörperschaften Aufgaben, die zweckmäßigerweise rheinlandweit wahrgenommen werden. Zur Finanzierung der übertragenen Aufgaben

erhebt der LVR u.a. eine Umlage von seinen Mitgliedskommunen. Rechtsgrundlage für die Erhebung der Landschaftsumlage ist § 22 der Landschaftsverbandsordnung.

Die Landschaftsumlage ergibt sich aus der Anwendung eines Hebesatzes, dem Umlagesatz, auf die Umlagegrundlagen. Die Höhe der Umlagegrundlagen ergibt sich auf der Basis des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzierungsgesetz) aus den Steuerkraftzahlen der Referenzperiode vom 1. Juli des Vorjahres bis zum 30. Juni des Vorjahres und wird maßgeblich durch das Steueraufkommen und somit durch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Dem LVR als Umlageverband kommt eine besondere Verantwortung bei der Planung und Bewirtschaftung seines Haushaltes zu. Dies beeinflusst insbesondere die Landschaftsumlage und somit die haushalterischen Belange des LVR. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die haushalterischen Verhältnisse in einem außergewöhnlich hohen Maße durch soziale Transferleistungen, die infolge zugrundeliegender gesetzlicher Anspruchsgrundlagen der Menschen im Rheinland und somit dem Grunde nach kaum durch den LVR beeinflussbar sind, bestimmt werden.

Vor diesem Hintergrund hat der Landschaftsverband Rheinland die nachfolgenden haushaltswirtschaftlichen Leitlinien entworfen, die sein wirtschaftliches Handeln maßgeblich prägen:

- Konsolidierung des Haushaltes,
- Umlagesatzgestaltung unter Beachtung des Rücksichtnahmegebotes in Kenntnis der schwierigen Finanzlage seiner Mitgliedskörperschaften,
- Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit durch Erhalt des verbliebenen Eigenkapitals und
- Sicherstellung ausreichender Liquidität.

2 Gesamter Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Gesamtlage

Der Landschaftsverband Rheinland hat den Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2014 aufgestellt. Der Vollkonsolidierungskreis besteht zum Bilanzstichtag neben der Kernverwaltung unverändert aus sechzehn Sondervermögen sowie zwei verbundenen Unternehmen und einer Stiftung.

In der nachfolgenden Betrachtung wird die wirtschaftliche Gesamtlage des LVR anhand der Ertrags-, Vermögens-, Schulden- und Finanzgesamtlage dargestellt.

Die **Ertragsgesamtlage** weist bei ordentlichen Gesamterträgen von € 4.292,45 Mio (im Vorjahr € 4.066,24 Mio) und ordentlichen Gesamtaufwendungen von € 4.292,06 Mio (im Vorjahr € 4.052,79 Mio) sowie einem positiven Gesamtfinanzergebnis von € 12,23 Mio (im Vorjahr € 11,46 Mio) einen Gesamtüberschuss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von € 12,62 Mio (im Vorjahr € 24,91 Mio) aus. Nach Berücksichtigung von außerordentlichen Erträgen von € 18,39 Mio errechnet sich ein Gesamtjahresüberschuss von € 31,01 Mio (im Vorjahr € 24,91 Mio) und nach Abzug des anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisses von € 0,11 Mio (im Vorjahr € 0,10 Mio) ein Gesamtergebnisanteil des LVR von € 30,90 Mio (im Vorjahr € 24,81 Mio).

Die ordentlichen Gesamterträge entfallen vor allem mit € 2.345,18 Mio (im Vorjahr € 2.241,35 Mio) auf die von den Mitgliedskörperschaften bei einem Umlagesatz von 16,3734 % (im Vorjahr 16,65 %) geleistete Landschaftsumlage, mit € 669,18 Mio (im Vorjahr € 657,50 Mio) auf privatrechtliche Leistungsentgelte, insbesondere für Krankenhausleistungen sowie für Betreuungs- und Versorgungsleistungen von Menschen mit Behinderungen, mit € 503,33 Mio (im Vorjahr € 391,06 Mio) auf Kostenerstattungen und Kostenumlagen Dritter, mit € 340,33 Mio (im Vorjahr € 321,51 Mio) auf öffentliche Schlüsselzuweisungen sowie mit € 288,64 Mio (im Vorjahr € 277,14 Mio) auf sonstige Transfererträge, hauptsächlich aus übergeleiteten Renten, Pflegeversicherungs- und Wohngeldleistungen. Bei einer Senkung des Umlagesatzes haben sich die Erträge aus der Landschaftsumlage aufgrund veränderter Umlagegrundlagen erhöht. Die privatrechtlichen Leistungsentgelte haben vor allem in Folge einer verbesserten Entgeltgestaltung in den Klinikbereichen zugenommen. Der Anstieg der Kostenerstattungen und Kostenumlagen Dritter beruht vor allem auf der Anhebung der Bundesbeteiligung für die Grundsicherung sowie der Umgestaltung der Berechnungsgrundlage für die umlagefinanzierte Altenpflegeausbildung. Der Anstieg der öffentlichen Schlüsselzuweisungen ist vor allem auf veränderte Bemessungsgrundlagen zurückzuführen. Die sonstigen Transfererträge haben sich vor allem aufgrund der gestiegenen Erstattungen von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen erhöht. Der Anteil der Landschaftsumlage an den ordentlichen Gesamterträgen beträgt weiterhin 55 %.

Bei den ordentlichen Gesamtaufwendungen handelt es sich im Wesentlichen mit € 2.481,54 Mio (im Vorjahr € 2.378,13 Mio) um Sozialtransferleistungen, insbesondere Betreuungs-, Unterbringungs- und Pflegeaufwendungen, mit € 893,37 Mio (im Vorjahr € 854,68 Mio) um Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie mit € 635,92 Mio (im Vorjahr € 528,03 Mio) um aufgabenbezogene Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, hauptsächlich die Erstattung an die örtlichen Sozialhilfeträger, den Energie- und Wasserbezug sowie den medizinischen und Wirtschaftsbedarf der LVR-Kliniken und der Netze Heilpädagogischer Hilfen. Der Anstieg der Sozialtransferleistungen beruht hauptsächlich auf höheren Betreuungsaufwendungen in Folge von Entgelt- und Fallzahlensteigerungen. Die höheren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind vor allem auf die Rückstellungsbildung für Integrationshelfer im Schulbereich sowie auf die höheren Erstattungsansprüche der Einrichtungen und Pflegedienste in Folge der Umgestaltung der Berechnungsgrundlage für die umlagefinanzierte Altenpflegeausbildung zurückzuführen. Die Personalaufwendungen haben vor allem aufgrund von Tarif- und Entgeltstufensteigerungen zugenommen. Die Versorgungsaufwendungen sind insbesondere durch Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger angestiegen. Die gesamten Transferleistungen von € 2.616,21 Mio (im Vorjahr € 2.504,53 Mio) haben sich um einen Prozentpunkt auf 61 % der ordentlichen Gesamtaufwendungen vermindert.

Das Gesamtfinanzergebnis ermittelt sich aus Finanzerträgen von € 25,89 Mio (im Vorjahr € 26,55 Mio) und Finanzaufwendungen von € 13,66 Mio (im Vorjahr € 15,09 Mio). Die Finanzerträge ergeben sich unverändert im Wesentlichen aus Zinserträgen, der Gewinnausschüttung der Provinzial Holding AöR und Dividendeneinnahmen aus den Stammaktien der RWE AG. Die Finanzaufwendungen resultieren insbesondere aus Zinsaufwendungen für Investitionskredite.

Bei einem Gesamtüberschuss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von € 12,62 Mio (im Vorjahr € 24,91 Mio) hat sich der Aufwandsdeckungsgrad im Haushaltsjahr 2014 um 0,3 Prozentpunkte auf 100,3 % verschlechtert. Das Ergebnis aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist somit bei nahezu proportional gestiegenen Gesamtaufwendungen und -erträgen gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Die außerordentlichen Erträge von € 18,39 Mio ergeben sich ausschließlich aus der Erhebung einer Bedarfsumlage nach dem Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes Nordrhein-Westfalen. Danach wurden die nicht durch Rückstellun-

gen gedeckten Beträge nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW der Abrechnungsjahre 2009 bis 2011 in Form einer Bedarfsumlage bei den Mitgliedskörperschaften geltend gemacht.

Der Gesamtjahresüberschuss 2014 von € 31,01 Mio (im Vorjahr € 24,91 Mio) wurde weiterhin maßgeblich durch den Jahresüberschuss der Kernverwaltung beeinflusst. Die Gesamtergebnisverbesserung ist ausschließlich auf die Erhebung einer Bedarfsumlage nach dem Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes Nordrhein-Westfalen zurückzuführen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass zum 31. Dezember 2014 bei Finanzanlagen aufgrund vorgenommener Wertkorrekturen sowie bei nicht mehr zur Aufgabenwahrnehmung benötigten Sachanlagen Buchgewinne und Buchverluste angefallen sind, die insgesamt zu saldierten Aufwendungen von zusammen € 0,71 Mio (im Vorjahr € 1,34 Mio) geführt haben, die gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW und § 90 Absatz 3 GO NRW ergebnisneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet wurden.

Die **Vermögensgesamtlage** wird zum 31. Dezember 2014 unverändert durch das Anlagevermögen geprägt. Zum Bilanzstichtag hat sich die Gesamtbilanzsumme geringfügig um € 180,30 Mio auf € 3.554,58 Mio (einschließlich der Ausgleichsabgabe von € 287,44 Mio) erhöht.

Das Anlagevermögen beträgt mit € 2.496,35 Mio (im Vorjahr € 2.546,22 Mio) insgesamt 70 % (im Vorjahr 76 %) der Gesamtbilanzsumme. Es entfällt im Wesentlichen mit € 1.423,27 Mio (im Vorjahr € 1.418,01 Mio) auf Sachanlagen und mit € 1.063,27 Mio (im Vorjahr € 1.117,84 Mio) auf Finanzanlagen. Das Sachanlagevermögen betrifft weiterhin vor allem Schulgebäude, Krankenhäuser und sonstige Betriebsgebäude. Die Investitionstätigkeit des Konzerns erstreckte sich im Haushaltsjahr 2014 im Wesentlichen auf Baumaßnahmen bei Krankenhäusern und musealen Einrichtungen. Bei dem Finanzanlagevermögen handelt es sich insbesondere um Anteile an der Provinzial Rheinland Holding AöR, um Aktien an der RWE AG, um Schuldscheindarlehen und Schuldverschreibungen sowie um langfristige Darlehen im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung des LVR.

Die Anteile des Umlaufvermögens sowie der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten und somit der kurzfristig gebundenen Vermögenswerte haben sich um sechs Prozentpunkte auf 30 % der Gesamtbilanzsumme erhöht. Das Umlaufvermögen beläuft sich zum

Bilanzstichtag auf € 1.058,24 Mio (im Vorjahr € 806,83 Mio) und entfällt vor allem mit € 470,06 Mio (im Vorjahr € 323,00 Mio) auf die liquiden Mittel, mit € 238,02 Mio (im Vorjahr € 238,26 Mio) auf öffentlich-rechtliche Forderungen sowie Forderungen aus Transferleistungen und mit € 131,44 Mio (im Vorjahr € 106,77 Mio) auf privatrechtliche Forderungen. Die öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen bestehen vor allem gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Nordrhein-Westfalen und verschiedenen Kommunen. Die privatrechtlichen Forderungen betreffen vor allem Forderungen gegenüber Krankenkassen und sonstigen Sozialleistungsträgern sowie Kostenerstattungen gegenüber öffentlichen Einrichtungen.

Die Kapitalstruktur hat sich gegenüber dem Vorjahr zu Lasten der langfristig ausgerichteten Posten des Eigenkapitals und der Sonderposten verändert.

Das Eigenkapital von € 758,21 Mio (im Vorjahr € 727,82 Mio) beträgt 21 % (im Vorjahr 22 %) der Gesamtbilanzsumme. Es entfällt mit € 434,20 Mio (im Vorjahr € 418,99 Mio) auf die Allgemeine Rücklage, mit unverändert € 204,70 Mio auf Sonderrücklagen, mit € 73,47 Mio (im Vorjahr € 46,11 Mio) auf die Ausgleichsrücklage, mit weiterhin € 31,37 Mio auf den Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung, mit € 1,95 Mio (im Vorjahr € 1,84 Mio) auf den Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter und mit € 12,52 Mio (im Vorjahr € 24,81 Mio) auf den Gesamtbilanzgewinn. Die Allgemeine Rücklage hat sich vor allem um die jeweiligen Anteile der Konzerntochtereinrichtungen an dem Gesamtjahresüberschuss 2013 verändert. Darüber hinaus wurden zum 31. Dezember 2014 saldierte Aufwendungen aus bei Finanzanlagen vorgenommenen Wertkorrekturen sowie aus angefallenen Buchgewinnen und Buchverlusten aus Sachanlageabgängen von zusammen € 0,71 Mio (im Vorjahr € 1,34 Mio) gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW und § 90 Absatz 3 GO NRW ergebnisneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Der Ausgleichsrücklage wurden der Jahresüberschuss 2013 der Kernverwaltung sowie der außerordentliche Ertrag aus der Erhebung der Bedarfsumlage nach dem Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW im Rahmen der teilweisen Verwendung des Gesamtjahresergebnisses 2014 zugeführt. Der Anstieg des Eigenkapitals ist insbesondere auf den Gesamtjahresüberschuss 2014 zurückzuführen.

Am Bilanzstichtag bestehen Sonderposten für Zuwendungen sowie sonstige Sonderposten von insgesamt € 608,82 Mio (im Vorjahr € 614,57 Mio). Der Sonderposten für Zuwendungen beinhaltet insbesondere öffentliche und private Zuweisungen und

Zuschüsse zur Finanzierung der Anschaffung von Vermögensgegenständen. Der sonstige Sonderposten wurde insbesondere zur bilanz- und ergebnismäßigen Neutralisierung der Ausgleichsabgabe sowie von Mitteln der Altenpflegeumlage gebildet.

Das Eigenkapital und die Sonderposten betragen zusammen 38 % (im Vorjahr 40 %) der Gesamtbilanzsumme. Zum 31. Dezember 2014 finanzierte das Eigenkapital zusammen mit den Sonderposten insgesamt 55 % (im Vorjahr 53 %) des Anlagevermögens und damit der langfristig gebundenen Vermögenswerte.

Die Rückstellungen von zusammen € 1.190,26 Mio (im Vorjahr € 1.033,30 Mio) entfallen insbesondere mit € 621,74 Mio (im Vorjahr € 602,64 Mio) auf Pensionsverpflichtungen, mit € 311,22 Mio (im Vorjahr € 195,19 Mio) auf offene Vorgänge in den Bereichen der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der vorschulischen Bildung, mit € 51,14 Mio (im Vorjahr € 39,99 Mio) auf Instandhaltungsmaßnahmen sowie mit € 47,21 Mio (im Vorjahr € 43,59 Mio) auf drohende Verluste.

Zum 31. Dezember 2014 betragen die Verbindlichkeiten insgesamt € 992,88 Mio (im Vorjahr € 994,28 Mio) und betreffen vor allem Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen mit € 463,64 Mio (im Vorjahr € 465,49 Mio) sowie Verbindlichkeiten aus Transferleistungen mit € 346,28 Mio (im Vorjahr € 339,81 Mio). Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich mit € 633,05 Mio (im Vorjahr € 642,06 Mio) um kurzfristige Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr sowie mit € 359,83 Mio (im Vorjahr € 352,22 Mio) um mittel- und langfristige Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr. Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen wurden insbesondere aufgrund planmäßiger Tilgungsleistungen zurückgeführt.

Die **Schuldengesamtlage** wird zum Bilanzstichtag maßgeblich durch das Fremdkapital, bestehend aus Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten, bestimmt. Das Fremdkapital hat insgesamt um € 155,66 Mio auf € 2.187,55 Mio zugenommen und beträgt nunmehr 62 % (im Vorjahr 60 %) der Gesamtbilanzsumme.

Über die **Finanzgesamtlage** gibt die nachfolgende Gesamtkapitalflussrechnung Aufschluss:

Gesamtkapitalflussrechnung		
	2014	2013
	Mio €	Mio €
Netto-Zahlungsströme aus laufender Verwaltungstätigkeit	213,37	97,99
Netto-Zahlungsströme aus Investitionstätigkeit	-10,29	-126,12
Netto-Zahlungsströme aus Finanzierungstätigkeit	-5,76	-44,12
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	197,32	-72,25
Anfangsbestand des Finanzmittelfonds zum 1. Januar	353,20	425,45
Finanzmittelfonds zum 31. Dezember	550,52	353,20

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2014	31.12.2013
	Mio. €	Mio. €
Wertpapiere des Umlaufvermögens	80,46	30,20
Liquide Mittel	470,06	323,00
	550,52	353,20

Die Zahlungsbereitschaft war im Berichtsjahr und danach jederzeit gegeben.

Liquiditätskredite wurden nicht beansprucht, wodurch auch keine entsprechenden Zinsaufwendungen angefallen sind.

3 Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Zwischen dem Gesamtbilanzstichtag und der Aufstellung des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2014 sowie des Gesamtlageberichtes 2014 zum 30. September 2015 sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

4 Künftige Geschäftsentwicklung

4.1 Risikomanagementsystem

Zur zielgerichteten Steuerung und Kontrolle von Risiken und Chancen ist beim Landschaftsverband Rheinland ein konzernweites Risikomanagement als dynamisches System eingerichtet, das kontinuierlich entsprechend den aktuellen Gegebenheiten und Erfordernissen weiterentwickelt und angepasst wird.

Maßgebliche Elemente des LVR-weiten Risikomanagementsystems sind, neben einem angemessenen Berichtswesen, insbesondere die installierten

- Controllingsysteme,
- Risikofrüherkennungssysteme und
- Interne Überwachungssysteme.

Im Rahmen der konzernweit ausgerichteten **Controllingsysteme** werden operative Controllingaufgaben grundsätzlich in den Fach- und Querschnittsdezernaten der Kernverwaltung sowie in allen verselbstständigten Aufgabenbereichen wahrgenommen.

Bei der Kernverwaltung werden operative Controllingaktivitäten dezentral in den einzelnen Dezernaten sowie zentral von dem LVR-Dezernat „Finanz- und Immobilienmanagement“ und hier speziell vom LVR-Fachbereich „Finanzmanagement“ durchgeführt. Die Grundlage hierzu bildet eine auf den Produkthaushalt ausgerichtete Kostenarten- und Kostenstellenrechnung. Darauf basiert ein periodisches kennzahlenorientiertes Berichtswesen für den Verwaltungsvorstand und die politische Vertretung. Darüber hinaus erfolgen systematische Untersuchungen von Planabweichungen im Rahmen der Haushaltsprognose auf das voraussichtliche Ergebnis sowie im Zusammenhang mit den monatlichen dezentralen Budgetbestätigungen für die im Haushalt abgebildeten Produktgruppen. Des Weiteren werden im LVR-Fachbereich „Finanzmanagement“ regelmäßig Statusberichte für den Verwaltungsvorstand und die politische Vertretung erstellt, in denen die Haushaltsplanwerte mit den Ist-Werten verglichen und analysiert werden.

Im Zusammenhang mit der Steuerung und Kontrolle der Chancen und Risiken in den verselbstständigten Aufgabenbereichen nimmt das Beteiligungscontrolling des LVR eine

zentrale Stellung ein. Die Aufgaben des Beteiligungscontrollings werden in der Kernverwaltung vom LVR-Fachbereich „Finanzmanagement“ im LVR-Dezernat „Finanz- und Immobilienmanagement“ wahrgenommen. Die Aufgabenstellung des Beteiligungscontrollings beim LVR betrifft insbesondere die

- Formulierung der Ziele, die mit der Beteiligung angestrebt werden,
- Einbindung der Beteiligungsziele in die Gesamtzielstruktur des LVR,
- Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung und
- Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsrechtlicher Pflichten sowie der öffentlichen Zwecksetzung.

Das Beteiligungscontrolling unterrichtet den Verwaltungsvorstand und die politische Vertretung über die aktuelle Geschäftsentwicklung sowie die Ziel- und Aufgabenentwicklung bei den verselbstständigten Aufgabenbereichen im Rahmen einer quartalsweisen Standardberichterstattung sowie anhand von Abweichungs- bzw. Bedarfsberichten und des jährlichen LVR-Beteiligungsberichtes.

In den verselbstständigten Aufgabenbereichen werden im Rahmen des dezentralen Controllings insbesondere die Wirtschaftsplanansätze den Ist-Werten regelmäßig gegenübergestellt und ausgewertet. Dabei auftretende Planabweichungen werden analysiert. Über die aktuelle Geschäfts- und Aufgabenentwicklung werden das Beteiligungscontrolling der Kernverwaltung und die einrichtungsbezogenen Aufsichtsgremien kontinuierlich in Form von Zwischenberichten, Jahresabschlüssen und Geschäftsberichten unterrichtet. Durch die Mitarbeit von Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes und der politischen Vertretung in den Aufsichtsgremien der verselbstständigten Einrichtungen ist auch der notwendige Informationsfluss innerhalb des Konzerns gewährleistet.

Die konzernweit ausgerichteten **Risikofrüherkennungssysteme** werden bei der LVR-Direktorin organisatorisch angesiedelten Stabsstelle „Koordination der Gesamtsteuerung, Strategisches Controlling“ zusammengeführt.

Die den Geschäftsfeldern des LVR innewohnenden Risiken und Chancen werden von den einzelnen Fach- und Querschnittsdezernaten der Kernverwaltung sowie von den verselbstständigten Aufgabenträgern anhand gebildeter LVR-interner und LVR-externer Beobachtungsbereiche ermittelt sowie hinsichtlich Ausmaß und Eintrittswahrscheinlich-

keit bewertet. In diesem Zusammenhang wurde in den Fach- und Querschnittsdezernaten der Kernverwaltung im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Risikofrüherkennungssysteme ab 2014 mit dem Aufbau eines Geschäftsprozessmanagements begonnen. Die verselbstständigten Aufgabenträger melden die von ihnen ermittelten Risiken und Chancen regelmäßig auf der Grundlage der konzerninternen Berichterstattung an das für sie zuständige Dezernat der Kernverwaltung bzw. an das Beteiligungscontrolling, die anschließend ihrerseits diese Risiken und Chancen auswerten und beurteilen.

Im Rahmen eines standardisierten Berichtswesens werden die wesentlichen Risiken und Chancen unter Angabe von geeigneten Steuerungs- bzw. Gegenmaßnahmen von der Stabsstelle bei den einzelnen Fach- und Querschnittsdezernaten der Kernverwaltung abgefragt. Anschließend werden die wesentlichen Risiken und Chancen sowie die entwickelten Steuerungs- bzw. Gegenmaßnahmen von der Stabsstelle für den Verwaltungsvorstand unter Berücksichtigung der besonderen LVR-Belange aufbereitet und an diesen weitergeleitet. Ad-hoc auftretende Risikopositionen werden mittels entsprechender Bedarfsberichte an die zuständigen LVR-Dezernent/Innen gemeldet, die diese Sachverhalte zeitnah in den Verwaltungsvorstand einbringen. Der Themenkomplex „Risikomonitoring“ wird von dem Verwaltungsvorstand regelmäßig bei seinen Sitzungen behandelt, so dass auch ad-hoc auftretende Risikosituationen umgehend behandelt werden können.

Im Rahmen des **Internen Überwachungssystems** werden die implementierten internen Kontrollsysteme in den Geschäftsprozessen der Kernverwaltung sowie in den verselbstständigten Aufgabenbereichen durch den LVR-Fachbereich „Rechnungsprüfung“, im Rahmen der gesetzlichen Haushalts- und Finanzkontrolle, und die LVR-Abteilung „Innenrevision“ kontinuierlich sowie durch die jeweiligen Abschlussprüfer der Einrichtungen jährlich überprüft. Dadurch sollen Risiken, die aus fehlenden bzw. nicht funktionsfähigen internen Kontrollsystemen entstehen könnten, ermittelt werden, um geeignete Gegenmaßnahmen entwickeln zu können. Über die Prüfungsfeststellungen werden die LVR-Direktorin bzw. die Betriebs- und Geschäftsleitungen der verselbstständigten Einrichtungen sowie die betroffenen Organisationseinheiten der Kernverwaltung und der verselbstständigten Einrichtungen unterrichtet.

4.2 Risiken und Chancen

Die Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des LVR werden vor allem durch strukturelle, politische, finanzielle, demografische und technische Belange bestimmt. Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend, die sich gegenwärtig auf der Grundlage des Risikomanagementsystems im Konzern abzeichnenden maßgeblichen Risikopositionen für die kommenden Haushaltsjahre aufgezeigt.

Strukturelle Risiken

Die jährliche Festsetzung des von den Mitgliedskörperschaften zu erhebenden Umlagesatzes erfolgt grundsätzlich unter Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebotes bei gleichzeitiger Sicherstellung der nachhaltigen Leistungsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen Erfordernisse des LVR. Insbesondere vor dem Hintergrund der zumeist angespannten Haushaltssituation der Mitgliedskommunen kann, unter Beachtung von finanzwirtschaftlichen Notwendigkeiten beim LVR, die zukünftige Entwicklung des Umlagesatzes ein Akzeptanzrisiko für den LVR darstellen.

In diesem Zusammenhang ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass der Hebesatz maßgeblich durch die Höhe der Umlagegrundlagen bestimmt wird, die dem LVR durch das Land Nordrhein-Westfalen übermittelt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umlagegrundlagen maßgeblich durch die konjunkturelle Wirtschaftslage und dem damit verbundenen Steueraufkommen beeinflusst werden. Der LVR muss insofern bei Schwankungen in der Entwicklung der Steuereinnahmen durch eine entsprechende Anpassung des Umlagesatzes reagieren. Die Ausgleichsrücklage bietet hier, wie der vergleichsweise hohe Eigenkapitalverzehr seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements gezeigt hat, nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Stabilisierung des Umlagesatzes bei sinkenden Steuereinnahmen. Daneben birgt die aufgrund gesetzlicher Vorschriften frühzeitige Verabschiedung der Haushaltssatzung der Kernverwaltung ein nicht unerhebliches Risiko, da zu diesem Zeitpunkt in der Regel eine erste Modellrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen noch nicht vorliegt, so dass auf eigene Berechnungen zurückgegriffen werden muss.

Die aktuelle Debatte zur möglichen Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen offenbart ebenfalls Risikopositionen für den LVR. In diesem Zusammenhang sieht das Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitutes an der Universität Köln im Ergebnis keinen grundlegenden Änderungsbedarf

zur bisherigen Systematik des kommunalen Finanzausgleichs. Dies würde zu einer weiteren Steigerung der Zuschussbedarfe in den Haushalten der nordrhein-westfälischen Umlageverbände führen.

Eine weitere Risikoposition ergibt sich aus anhängigen Klageverfahren von nordrhein-westfälischen Kommunen gegen das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für das Haushaltsjahr 2014.

Aufgabenstellungen, die dem LVR vor der Einführung der Konnexitätsrelevanz übertragen wurden, erfordern insbesondere in arbeitsintensiven Bereichen (bspw. im Bereich des Integrationsamtes und der Kriegsofferfürsorge), teilweise einen aufgabenbezogen kontinuierlich ansteigenden Personaleinsatz, ohne dass dafür ein finanzieller oder personeller Ausgleich durch Dritte gewährt wird, wodurch entsprechende Haushaltsbelastungen entstehen.

Weitere strukturelle Risiken ergeben sich vor allem aus den Gewährträgerschaften des LVR. Die Risiken aus der Gewährträgerschaft an der Provinzial Rheinland Holding AöR sind systemimmanent und beziehen sich auf die Haftungsinstitute Gewährträgerhaftung und Anstaltslast. Darüber hinaus besteht auch weiterhin eine Gewährträgerhaftung für bestimmte bis 2005 eingegangene Geschäfte der ehemaligen WestLB AG (seit 2012 Portigon AG), obwohl der LVR im Jahr 2012 als Aktionär ausgeschieden ist. Für die übrigen Beteiligungen des LVR besteht ein allgemeines Beteiligungsrisiko. Bei der Beteiligung an der RWE AG ergibt sich zudem ein Marktpreisrisiko, das aus der aktuellen Unsicherheit über Kursveränderungen an den Finanzmärkten resultiert.

Politische Risiken

Die Risikopositionen betreffen insbesondere einschlägige politische Themenstellungen in den Aufgabenbereichen „Jugend“, „Schule“, „Soziales“ sowie „Kultur“.

In dem Bereich „Jugend“ ergeben sich im Zusammenhang mit der politisch angestrebten Inklusion von Kindern mit Behinderung, dem Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen Kindern mit Behinderung sowie der Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) zukünftig voraussichtlich ein erhebliches Aufgabenwachstum bei gleichzeitig

steigenden Förderfällen mit zusätzlichen Personalbedarfen und damit einhergehenden Kosten- und Kapazitätsrisiken.

Im Zusammenhang mit dem angestrebten Abschluss eines Rahmenvertrages für die Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen wird neben einer höheren Auslastungsquote auch eine Verschiebung der Platzzahlen vom Intensiv- zum Regelangebot erwartet. Vor diesem Hintergrund muss sich die Jugendhilfe Rheinland im Anbieterkreis der Jugendhilfeeinrichtungen entsprechend positionieren, um sich am Markt behaupten zu können. Die Sicherung des diesbzgl. benötigten Leistungsangebotes sowie die Herrichtung der dafür erforderlichen Immobilien wird den LVR entsprechend finanziell belasten.

In dem Aufgabenbereich „Schulen“ ist mit der Betreuung von Kindern mit Behinderung unter drei Jahren ein gestiegener Bedarf u.a. an pflegerischem Personal verbunden. Hier besteht das Risiko, dass der Personalmehrbedarf nicht oder nicht im erforderlichen Umfang gedeckt werden könnte. Darüber hinaus ist auch die sächliche Ausstattung für die Betreuung dieser Kinder anzupassen, wodurch ebenfalls Mehraufwendungen zu erwarten sind.

In dem Aufgabenbereich „Soziales“ führt die unverändert progressive Fallzahlenentwicklung weiterhin zu einer steigenden finanziellen Belastung. Im Leistungsbereich Wohnen wirkt sich dabei der höhere Hilfebedarf aufgrund eines noch ansteigenden Durchschnittsalters der Betreuten zunehmend kostensteigernd aus. Darüber hinaus sind die Fallzahlen bei den stationären Wohnhilfen über Jahre hinweg nahezu gleichbleibend, obwohl der Bedarf an Wohnhilfen insgesamt ansteigt. Des Weiteren ist auch die Entgeltentwicklung, insbesondere vor dem Hintergrund der im März 2016 anstehenden Entgeltverhandlungen, zu berücksichtigen. Eine weitere Risikoposition besteht in dem Dissens zwischen einzelnen Mitgliedskörperschaften und dem LVR als überörtlichem Sozialhilfeträger in Bezug auf die sachliche Zuständigkeit für Integrationshelferinnen und -helfer, soweit deren Leistungen außerhalb einer Einrichtung der Eingliederungshilfe erforderlich werden. Dies hat auch dazu geführt, dass Anträge zur Übernahme dieser Kosten an den LVR weitergeleitet worden sind. Soweit der LVR nach § 14 SGB IX in diesen Fällen direkt zur Leistung verpflichtet sein sollte, würde dies ebenfalls zu entsprechenden laufenden Aufwendungen führen.

Im Bereich „Kultur“ werden zunehmend, insbesondere durch die angespannten wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedskommunen sowie der rückläufigen Förderung durch Stiftungen, Unterstützungsleistungen nachgefragt. Darüber hinaus werden Erweiterungen der kulturellen Netzwerk­tätigkeit zusätzliche projektbezogene Transfermittel erfordern, die den LVR-Haushalt weiter belasten werden.

Allgemeine politische Risiken ergeben sich für den LVR auch aus der europäischen Gesetzgebung, vor allem hinsichtlich der Revision des EU-Beihilferechts sowie hinsichtlich der möglichen Einführung einheitlicher Rechnungsführungsgrundsätze im öffentlichen Sektor.

Finanzielle Risiken

Mit der Einführung eines neuen Vergütungssystems für den KHG-Bereich in der Psychiatrie ab dem Jahr 2015 wird eine Anpassung des alten Vergütungsniveaus an die neuen Tagespauschalen vorgenommen. Da die Höhe des Landesbasisentgeltwertes noch nicht bekannt ist, sind die finanziellen Auswirkungen bislang nur schwer bestimmbar. Es ist jedoch zu befürchten, dass Kliniken mit einer hohen Psychiatrie-Personalverordnungsquote mit einem geringeren Budgetvolumen zu rechnen haben und damit finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Das Umsatzvolumen des LVR-Klinikverbundes ist zu etwa 60 % von der neuen Finanzierung betroffen.

Im Bereich der Heilpädagogischen Hilfen sind im Zusammenhang mit der Realisierung der Inklusionsgrundsätze strukturelle und quantitative Veränderungen in den Geschäftsbereichen zu erwarten. Zur Vermeidung damit verbundener Einnahmeausfälle sind umfangreiche Struktur- und Prozessoptimierungen notwendig.

Im Zusammenhang mit der Rechtsprechung zur Kostentragungspflicht bei archäologischen Ausgrabungen ergeben sich im Bereich der Bodendenkmalpflege finanzielle Risikopositionen. Danach müssten die Kosten zur Sicherung von Bodendenkmälern, nicht von den Veranlassern, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Vor diesem Hintergrund hat der Landesgesetzgeber in 2013 eine entsprechende Gesetzesinitiative ergriffen, und das Verursachungsprinzip gesetzlich verankert. Für Altfälle besteht jedoch weiterhin die Gefahr, dass Erstattungsansprüche gegenüber dem LVR geltend gemacht werden könnten.

Demografische Risiken

In dem Aufgabenbereich „Soziales“ sowie in anderen Aufgabenbereichen werden die Anzahl der leistungsberechtigten Personen aufgrund der demografischen Entwicklung weiter zunehmen und damit zu einem kontinuierlich wachsenden Mehraufwand führen. Der LVR versucht in den Entgeltverhandlungen die Verantwortung aller beteiligten Akteure einzufordern und gemeinsam kostengünstigere Leistungs- und Entgeltstrukturen zu entwickeln.

LVR-weit droht aufgrund des zukünftig altersbedingten Ausscheidens zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Fachkräftemangel, der ein nicht unerhebliches Risiko für die quantitative und qualitative Leistungserbringung des LVR darstellt. Vor diesem Hintergrund hat der LVR als moderner Arbeitgeber zahlreiche Maßnahmen zur Gewinnung und Bindung von qualifizierten MitarbeiterInnen und zur weiteren Attraktivitätssteigerung eingeleitet.

Technische Risiken

Die Risikoposition betrifft vor allem einen möglichen zeitweisen Ausfall der eingesetzten IT-Systeme aufgrund einer auftretenden Störung in einem der betriebenen Rechenzentren sowie die dauerhafte Vorhaltung ausreichender technischer Kapazitäten. Zur Minimierung der vorstehenden Risiken wurde, gemeinsam mit der Stadt Köln, ein neues Rechenzentrum entsprechend den aktuellen technischen und sicherheitstechnischen Anforderungen errichtet und im vierten Quartal 2011 in Betrieb genommen.

Chancen für den LVR

Die Veränderungen von bestehenden Rahmenbedingungen können, bei einer kritischen Reflexion von Vorgaben und Prozessabläufen, neben den vorstehend aufgeführten Risiken im Einzelfall auch Chancen für den LVR beinhalten.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs hat der LVR mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) gegenüber dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen eine Stellungnahme zu dem einschlägigen Gutachten des Finanzwirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln verfasst. Darin haben sich die beiden Landschaftsverbände u.a. für einen zeitnahen

Einstieg in eine sukzessive Anhebung der Teilschlüsselmassen für kommunale Umlageverbände ausgesprochen.

Der LVR ist bestrebt seine Leistungen in allen fachlichen Aufgabenbereichen möglichst daran auszurichten, dass die individuell bestehenden Beeinträchtigungen an der Teilhabefähigkeit überwunden werden, um somit die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft zu fördern und diese möglichst unabhängig von Unterstützungsleistungen werden zu lassen.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere der aufgabenübergreifende Themenkomplex „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ zu nennen. Das Engagement des LVR erstreckt sich hierbei vor allem auf die Bereiche

- der Inklusion von Kindern mit Behinderung im Rahmen der Elementarbildung,
- den Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen Kindern mit Behinderung,
- die Unterstützung der Integration von behinderten Kindern an Regelschulen,
- die Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt,
- die Förderung inklusiver Wohnformen sowie
- die Mitwirkung an der Schaffung eines inklusiven Sozialraums.

Darüber hinaus erfolgt eine Unterstützung und Beratung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen.

Im Rahmen der strukturellen und fachlichen Weiterentwicklung und Steuerung haben die beiden Landschaftsverbände und die Träger der freien Wohlfahrtspflege zur Sicherung der Leistungen der Eingliederungshilfe für den Bereich Wohnen die Zielvereinbarung „Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW sichern“ getroffen. Dabei wurden Ziele und Maßnahmen vereinbart, die mittel- und langfristig zur Dämpfung des Kostenanstiegs in der Eingliederungshilfe beitragen sollen.

In dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien in Nordrhein-Westfalen wurde festgelegt, dass in einem Ausführungsgesetz zum SGB XII die Zuständigkeit der beiden Landschaftsverbände für alle stationären und ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe im Bereich Wohnen dauerhaft verankert werden sollen. Dadurch kann der LVR den Umsteuerungsprozess „ambulant vor stationär“ sowie die regionale Vernetzung

und Einbettung der Betreuungsangebote mit dem Ziel der Schaffung eines inklusiven Sozialraumes weiter vorantreiben.

Vor dem Hintergrund einer im Einzelfall schwierigen Vermarktung von betriebsbedingt nicht mehr benötigten Immobilien beabsichtigt der LVR zukünftig auch vermehrt den Abschluss von Erbpachtverträgen in Erwägung zu ziehen. Vorteilhaft ist dabei, dass der LVR weiterhin Eigentümer der Liegenschaft bleibt, während der Pächter die Gebäudeunterhaltung und –instandhaltung übernimmt. Darüber hinaus wird alternativ auch die Unterbringung von Flüchtlingen in nicht mehr benötigten Immobilien geprüft.

Im Zusammenhang mit den umfangreichen Investitionsmaßnahmen im Bereich der LVR-Kliniken wird zukünftig angestrebt, im Rahmen einer vorausschauenden Ziel- und Liegenschaftsplanung auch verstärkt Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Verwertung von freigezogenen Flächen zu berücksichtigen.

Der bevorstehende demografische Wandel bietet interne und externe Möglichkeiten zur Profilschärfung des LVR als attraktivem Arbeitgeber. Durch eine kontinuierliche Anpassung und Weiterentwicklung der Fortbildungs- und Personalentwicklungskonzeptionen an den aktuellen Bedarf sowie des Wissensmanagements und –transfers kann die Qualität der Aufgabenerledigung weiter gesteigert werden.

4.3 Ausblick

Vor dem Hintergrund der abzusehenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung sowie zur Sicherstellung seiner dauerhaften Leistungsfähigkeit hat der LVR bereits im Frühjahr 2010 Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Volumen von insgesamt € 170 Mio für die Jahre 2011 bis 2013 eingeleitet.

Bei einer weiterhin unbefriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung wird der begonnene Konsolidierungsprozess auch in den Jahren 2014 bis 2016 fortgeführt. Für diesen Zeitraum wurden daher weitere Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von € 103,9 Mio entwickelt.

Bei der Planung des Kernhaushaltes 2015, der unverändert die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des LVR maßgeblich beeinflusst, wurde die vorstehende Konsolidierungsvorgabe mit € 10,3 Mio berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der bestehenden

Dynamik, insbesondere in den sozialen Leistungsbereichen, die durch ihr Volumen den LVR-Haushalt maßgeblich beeinflussen, konnte trotz einer positiven Entwicklung der Umlagegrundlagen, eine wertmäßige Umsetzung der Konsolidierungsvorgaben nicht vollständig erreicht werden.

Im Rahmen der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen wurde der Umlagesatz für das Haushaltsjahr 2015 um 0,2 Prozentpunkte (bei Berücksichtigung der Erhebung einer Bedarfsumlage nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW im Haushaltsjahr 2014) auf 16,70 Prozentpunkte angehoben. Der dadurch erzielte Ertrag aus der Landschaftsumlage beträgt € 2.493 Mio. Gemessen am geplanten Gesamtertrag des Kernhaushaltes 2015 macht die Landschaftsumlage somit etwa 66,8 % aus. Zusammen mit den Planerträgen aus Schlüsselzuweisungen von € 352 Mio werden somit bereits 76,2 % der geplanten Gesamterträge des Kernhaushaltes 2015 erreicht.

Die Planaufwendungen des Kernhaushaltes 2015 werden weiterhin vor allem durch soziale Transferleistungen bestimmt. In diesem Zusammenhang dominieren insbesondere geplante Leistungen für Menschen mit Behinderungen (einschließlich der vorschulischen Bildung), pflegebedürftige Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten von zusammen € 2.614 Mio.

Dabei ist der Leistungsbereich stationäres Wohnen, gemessen am geplanten Gesamtaufwand der Leistungen für Menschen mit Behinderungen, mit € 1.213 Mio die größte Transferaufwandsart. Dieser Leistungsbereich ist geprägt durch den Umstand, dass die Menschen im Rheinland einen verbrieften Leistungsanspruch nach dem Sozialgesetzbuch besitzen. In diesem Zusammenhang stellt sich somit nicht die Frage, ob Hilfeleistungen zu gewähren sind, sondern allenfalls wie diese Hilfeleistungen gestaltet werden können. Vor diesem Hintergrund verfolgt der LVR weiterhin das Ziel, die vergleichsweise kostengünstigeren ambulanten Leistungsangebote zu verstärken, um langfristig stationäre Leistungen abbauen zu können. Der LVR als überörtlicher Sozialleistungsträger sieht hierin die geeignetste Möglichkeit, den steten Kostenanstieg für gesetzlich verankerte Sozialleistungen zu verlangsamen. Darüber hinaus ermöglicht das betreute Wohnen für den Leistungsempfänger eine ortsnahe Betreuung und sichert in aller Regel seine bestehenden sozialen Kontakte.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden vor allem aufgrund von Tarif- und Besoldungserhöhungen ansteigen.

Insgesamt wird im Kernhaushalt 2015 mit einem Jahresfehlbetrag von rund € 2,8 Mio geplant.

Im Rahmen der Finanzplanung des Kernhaushaltes 2015 wird ein Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von € 32,8 Mio erwartet. Dieser setzt sich zusammen aus einem Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit von € 9,1 Mio, einem Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit von € 30,9 Mio und einem Finanzmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit von € 7,2 Mio.

Die geplanten Investitionen betreffen in 2015 im Wesentlichen mit € 48,9 Mio Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm des LVR-Klinikverbundes sowie mit € 15,5 Mio Baumaßnahmen der Kernverwaltung. Bei den LVR-Kliniken besteht ein aktueller Investitionsbedarf in Höhe von rund € 492 Mio, für den ein Investitionsprogramm bis zum Jahr 2020 aufgestellt wurde. Das Investitionsprogramm wird insbesondere aus Eigenmitteln der LVR-Kliniken, aus Mitteln des Zukunftsinvestitionsgesetzes, aus Landesmitteln und aus Darlehensaufnahmen finanziert.

5 Sonstige Angaben

Die gesetzlichen Angaben zu den Mitgliedern der Landschaftsversammlung und des Verwaltungsvorstandes sind dem Gesamtlagebericht als Anlagen 1 und 2 beigelegt.

Landschaftsverband Rheinland

Anlage 1 zum Gesamtlagebericht zum 31.12.2014

Aufstellung der Mitglieder der
Landschaftsversammlung, Gremien



Angaben nach § 95 Abs. 2 GO NRW

LVR - Direktorin

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Dr. Ammermann, Gert	CDU	Oberkreisdirektor a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat ▪ Verband der kommunalen Aktionäre der RWE AG, GmbH (VKA) - Gesellschafterversammlung ▪ Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln - Institutsausschuss ▪ Stiftung Schloss Dyck - Stiftungsrat
Blondin, Marc	CDU	Versicherungsfachmann	
Boss, Frank	CDU	Fraktionsgeschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Delegiertenversammlung ▪ Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Hauptausschuss
Bündgens, Willi	CDU	selbst. Immobilienmakler	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung des Museums für Industrie-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Region Aachen in Stolberg, Zinkhütter Hof - Stiftungskuratorium - ▪ Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II - Kuratorium ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]
Dickmann, Bernd	CDU	Berufsbetreuer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Leder- und Gerbermuseum Mülheim an der Ruhr - Kuratorium

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Diekmann, Klaus	CDU	Diplom-Ingenieur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Zollverein - Kuratorium
Einmahl, Rolf	CDU	Rechtsanwalt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Gewährträgersammlung ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Erste Abwicklungsanstalt - Trägersammlung ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung
Dr. Elster, Ralph	CDU	Unternehmensberater	<ul style="list-style-type: none"> ▪ RW Beteiligungsgesellschaft II mbH - Gesellschafterversammlung ▪ Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied]
Fenninger, Georg	CDU	Fraktionsgeschäftsführer	
Giebels, Harald	CDU	Rechtsanwalt und Notarvertreter	
Henk-Hollstein, Anne	CDU	selbst. Kff. Steuer- u. Wirtschaftsberatung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Gesellschafterversammlung ▪ Gesundheitsregion KölnBonn e.V. (HealthRegion CologneBonn) - Senat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Hohl, Peter	CDU	Lehrer a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur - Kuratorium [stellvertretendes Mitglied] ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Förderstiftung Museum Kurhaus Kleve - Kuratorium
Hurnik, Ivo	CDU	Regierungsdirektor	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Illustration - Kuratorium
Isenmann, Walburga	CDU	Studiendirektorin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Zollverein - Kuratorium
Jülich, Urban-Josef	CDU	Landwirt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]
Kersten, Gertrud	CDU	Lehrerin (Förderschule GG)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EUREGIO Rhein-Waal - EUREGIO-Rat ▪ EUREGIO Rhein-Waal - Ausschuss für Wirtschaft
Kisters, Dietmar	CDU	Kommunalbeamter a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Krebs, Bernd	CDU	Rentner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider - Stiftungsrat
Kühlwetter, Joachim	CDU	Kriminalbeamter	
Dr. Leonards-Schippers, Christiane	CDU	Angestellte	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Loepp, Helga	CDU	freiber. Industriekauffrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Meies, Fritz	CDU	Rektor a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Mucha, Constanze	CDU	Lehrerin	
Müller, Michael	CDU	Schausteller	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider - Stiftungsrat
Nabbefeld, Michael	CDU	Krankenkassenbetriebswirt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Preußen-Museum NRW - Stiftungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung Preußen-Museum NRW - Kuratorium [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ Klinikum Oberberg GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ EUREGIO Rhein-Waal - EUREGIO-Rat [stellvertretendes Mitglied]
Natus-Can M.A., Astrid	CDU	Politikwissenschaftlerin, Geschäftsführerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider - Stiftungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Naumann, Jochen	CDU	Rentner	

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Prof. Dr. Peters, Leo	CDU	Kulturdezernent a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung DIE SCHEUNE Spinnen/Weben+Kunst - Sammlung Tillmann - Kuratorium
Petrauschke, Hans-Jürgen	CDU	Landrat	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied]
Pütz, Susanne	CDU	Krankenschwester	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider - Stiftungsrat [stellvertretendes Mitglied]
Rohde, Klaus	CDU	Sonderschulrektor a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat
Rubin, Dirk	CDU	Dipl.-Soz.päd. / Geschäftsführer	
Schavier, Karl	CDU	Dipl.-Wirt.-Ing.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung [stellvertretendes Mitglied] ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU	Studienrat	
Schönberger, Frank	CDU	Rechtsanwalt	
Dr. Schoser, Martin	CDU	Geschäftsführer, Dipl.-Kaufmann	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e.V. - Mitgliederversammlung
Schroeren, Michael	CDU	Kaufmann der Immobilienwirtschaft	

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Solf, Michael-Ezzo	CDU	Studiendirektor i.R.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider - Vorstand ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur
Sonntag, Ullrich	CDU	Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Aufsichtsrat ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Stefer, Michael	CDU	Polizeibeamter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat
Stieber, Andreas-Paul	CDU	Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionalrat Düsseldorf
Stricker, Günter	CDU	Immobilienwirt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat
Tondorf, Bernd	CDU	Sonderschulrektor i.R.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln - Institutsausschuss [stellvertretendes Mitglied]
Tschepe, Heidemarie	CDU	Industriekauffrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Stiftung Max Ernst - Stiftungsrat ▪ Stiftung Keramion-Zentrum für moderne + historische Keramik Frechen- Stiftungsrat ▪ Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler - Stiftungsrat
Wirtz, Axel	CDU	Diplom-Verwaltungswirt, Landtagsabgeordneter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zweckverband Region Aachen - Verbandsversammlung ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Wörmann, Josef	CDU	Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung Wilhelm-Lehmbruck-Museum - Kuratorium
Zimball, Wolfgang	CDU	Rentner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung "Das Deutsche Glasmalerei-Museum in Linnich" - Kuratorium ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Berten, Monika	SPD	leitende Kinderkrankenschwester	
Ciesla-Baier, Dietmar	SPD	Verkehrsfachwirt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Daun, Dorothee	SPD	Richterin i.R.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider - Stiftungsrat
Eichner, Harald	SPD	Pensionär	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]
Esser, Werner	SPD	Rechtsanwalt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Region Köln/Bonn e.V. - Mitgliederversammlung
Franz, Michael	SPD	techn. Angestellter	
Gabriel, Joachim	SPD	Bürokaufmann	
Heinisch, Iris	SPD	Dipl.-Sozialarbeiterin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesundheitsregion KölnBonn e.V. (HealthRegion CologneBonn) - Mitgliederversammlung ▪ Gesundheitsregion KölnBonn e.V. (HealthRegion CologneBonn) - Erweiterter Vorstand
Joebges, Heinz	SPD	Polizeibeamter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat ▪ Stiftung DIE SCHEUNE Spinnen/Weben+Kunst - Sammlung Tillmann - Kuratorium
Kaiser, Manfred	SPD	Schlosser/Rentner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Kaske, Axel	SPD	Kaufmann	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln - Institutsausschuss ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur
Kiehlmann, Peter	SPD	Verwaltungsangestellter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Preußen-Museum NRW - Stiftungsrat ▪ Stiftung Preußen-Museum NRW - Kuratorium ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat
Dr. Klose, Hans	SPD	Rektor i.R.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln - Institutsausschuss [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied] ▪ EUREGIO Rhein-Waal - EUREGIO-Rat [stellvertretendes Mitglied]
Kösling, Klaus	SPD	Kfm. Angestellter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Krupp, Ute	SPD	Bundesbeamtin	
Lüngen, Ilse	SPD	Sozialwissenschaftlerin/ Rentnerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EUREGIO Rhein-Waal - EUREGIO-Rat ▪ EUREGIO Rhein-Waal - Ausschuss für grenzüberschreitende Verständigung
Mahler, Ursula	SPD	Hausfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat
Nüse, Theodor	SPD	Schlosser/Rentner	

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Pöhler, Raoul	SPD	Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung "Das Deutsche Glasmalerei-Museum in Linnich" - Kuratorium [stellvertretendes Mitglied]
Recki, Gerda	SPD	Rentnerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Delegiertenversammlung ▪ Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Präsidium ▪ Stiftung Illustration - Kuratorium [stellvertretendes Mitglied]

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Prof. Dr. Rolle, Jürgen	SPD	Institutsleiter a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Gewährträgersammlung ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Stiftung Ruhr Museum-Kuratorium ▪ Stiftung Max Ernst - Stiftungsrat ▪ Stiftung Zollverein - Kuratorium ▪ Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler - Stiftungsrat ▪ Stiftung Kunstfonds zur Förderung der zeitgenössischen bildenden Kunst - Beirat für das Archiv für Künstlernachlässe ▪ Stiftung Beethoven-Haus Bonn - Kuratorium
Schmerbach, Cornelia	SPD	Geschäftsführerin des Bürgerzentrums Ehrenfeld e.V.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Schmitz, Hans	SPD	Landesbeamter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Schnitzler, Stephan	SPD	Referatsleiter/Dipl.-Sozialwissenschaftler	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Stiftung Neanderthal-Museum - Stiftungsrat
Schultes, Monika	SPD	Vorruheständlerin	
Schulz, Margret	SPD	Hausfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Klinikum Oberberg GmbH - Gesellschafterversammlung
Schulz, Ursula	SPD	Journalistin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider - Stiftungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]
Servos, Gertrud	SPD	Psychologin, Referentin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Schloss Dyck - Kuratorium
Soloch, Barbara	SPD	Bankkauffrau	
Steinhäuser, Heike	SPD	Kommunalbeamtin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung Keramion-Zentrum für moderne + historische Keramik Frechen- Stiftungsrat
Strauß, Rajiv	SPD	Doktorand	
Walter, Karl-Heinz	SPD	Qualitätsmanager	
Weiden-Luffy, Nicole Susanne	SPD	Trägervertreterin Kindertagesstätten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II - Kuratorium

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Wietelmann, Margarete	SPD	Verwaltungsbeamtin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung Leder- und Gerbermuseum Mülheim an der Ruhr - Kuratorium
Wietheger, Karin	SPD	Bankkauffrau i.R.	
Prof. Dr. Wilhelm, Jürgen	SPD	Rechtsanwalt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ RWE AG - Beirat ▪ RWE AG - Hauptversammlung ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ Stiftung Max Ernst - Vorstand
Wucherpennig, Brigitte	SPD	Rentnerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Gesellschafterversammlung
Zepunkte, Klaudia	SPD	Gemeindeschwester/ Bürgermeisterin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Schloss und Park Benrath - Kuratorium
Barion, Katrin	GRÜNE	Werbefachfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH - Aufsichtsrat
Beck, Corinna	GRÜNE	Diplom-Psychologin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand
Beu, Rolf Gerd	GRÜNE	Sozialberater	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung
Blanke, Andreas	GRÜNE	Referent	
Bortlitz-Dickhoff, Johannes	GRÜNE	Angestellter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II - Kuratorium
Deussen-Dopstadt, Gabi	GRÜNE	Beraterin (freiberuflich)	
Emmler, Stephan	GRÜNE	Diplom-Rechtspfleger	
Fleiß, Rolf	GRÜNE	Freiberufler	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Gewährträgersammlung ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied]

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Kresse, Martin	GRÜNE	Diplom- Sozialwissenschaftler	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat ▪ Klinikum Oberberg GmbH - Gesellschafterversammlung
Peters, Anna	GRÜNE	Fachlehrerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Rickes, Roland	GRÜNE	Diplom Ökonom	
Schäfer, Ilona	GRÜNE	med.-techn. Assistentin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klinikum Oberberg GmbH - Aufsichtsrat
Schmitt-Promny M.A., Karin	GRÜNE	Fachreferentin / Prokuristin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Tuschen, Johannes-Jürgen	GRÜNE	selbst. Grafiker/Typograf	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerstiftung für verfolgte Künste - Else-Lasker-Schüler-Zentrum - Kunstsammlung Gerhard Schneider - Stiftungsrat
Warnecke, Uwe Marold	GRÜNE	Rechtsanwalt	
Zimmermann, Thor-Geir	GRÜNE	Angestellter	
Zsack-Möllmann, Martina	GRÜNE	Geschäftsführerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Effertz, Lars Oliver	FDP	Kommunikationsberater/ Dozent	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Grün, Rainer	FDP	Sicherheitsfachkraft	
Haupt, Stephan	FDP	Bautechniker	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied] ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Pabst, Petra	FDP	Seminarleiterin/ Moderatorin	
Pohl, Mark Stephen	FDP	Ltd. Angestellter	
Runkler, Hans-Otto	FDP	Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Stachelhaus, Sebastian Thomas	FDP	Versicherungskaufmann	
Dr. Strack- Zimmermann, Marie-Agnes	FDP	Verlagsrepräsentantin	
Ammann-Hilberath, Martina	Die Linke.	Sekretärin	
Basten, Larissa	Die Linke.	Dipl.- Verwaltungsbetriebs- wirtin	
Detjen, Ulrike	Die Linke.	Geschäftsführerin	▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung
Hamm, Gudrun	Die Linke.	Rentnerin	▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Pilgram, Ludger	Die Linke.	Sozialarbeiter (BA)	
Zierus, Jürgen	Die Linke.	Rentner	▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat
Bayer, Udo	Freie Wähler/Piraten	Beigeordneter a.D.	▪ Stiftung Zollverein - Kuratorium
Hemsteeg, Kai	Freie Wähler/Piraten	Kriminalkommissar	▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Lennartz, Rudi E.	Freie Wähler/Piraten	Techniker/Rentner	▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]
Rehse, Henning	Freie Wähler/Piraten	Chemiker	▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Klinikum Oberberg GmbH- Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Schmitz, Heinz	Freie Wähler/Piraten	Betriebsleiter a.D.	▪ Stiftung Max Ernst - Stiftungsrat
Traeder, Thomas	AfD	Politologe	
Wegener, Ralf	AfD	Kaufmann	
Dr. Weinert, Günter	AfD	Vorstandsvors. i.R.	

Landschaftsverband Rheinland

Anlage 2 zum Gesamtlagebericht zum 31.12.2014

Aufstellung Verwaltungsvorstand, Gremien



Angaben nach § 95 Abs. 2 GO NRW

LVR - Direktorin

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Direktorin Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
NRW.BANK	A 1 A 1.1	Beirat der NRW Bank	persönliche Berufung durch die Ministerpräsidentin NRW
PROVINZIAL Rheinland Holding AöR	A 3 A 3.1 A 3.2 A 3.3 A 3.4	Gewährträgersammlung Gewährträgerausschuss Verwaltungsrat Bilanzausschuss der Gewährträgersammlung	geborenes Mitglied (Vorsitzende) geborenes Mitglied (Vorsitzende) geborenes Mitglied (Vorsitzende) Bildung aus der Mitte der Gewährträgersammlung
PROVINZIAL Rheinland Versicherung AG/ PROVINZIAL Rheinland Lebensversicherung AG	A 4 A 4.1 A 4.2	je ein Aufsichtsrat Bilanz- und Kapitalanlagen-ausschuss	Wahl durch Hauptversammlung (Vorsitzende) als Aufsichtsratsvorsitzende
Rheinland Kultur GmbH	A 9 A 9.1	Gesellschafterversammlung	geborenes Mitglied
Klinikum Oberberg GmbH	A 10 A 10.1 A 10.2	Gesellschafterversammlung (bis 03.11.2014) Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO § 113 Abs. 2 GO
Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	A 11 A 11.2	Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO (stellv. Vorsitzende)
Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH	A 14 A 14.1	Gesellschafterversammlung	geborenes Mitglied o.V.i.A.
Vereine / Verbände			
Sportstadt Köln e. V.	B 1 B 1.1	Beirat	Berufung durch Vorstand
Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln	B 2 B 2.1 B 2.2	Gesellschafterversammlung Institutsausschuss	geborenes Mitglied geborenes Mitglied

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Direktorin Mitglied aufgrund
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.1 B 4.2 B 4.9	Hauptversammlung Hauptausschuss Ausschuss für Wirtschaft und EU-Binnenmarkt	als Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages Berufung durch Hauptausschuss Entscheidung LD'in; Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.1	Mitgliederversammlung	als Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages
Deutscher Landkreistag	B 6 B 6.1 B 6.5	Landkreisversammlung Sozialausschuss	§ 113 Abs. 2 GO Benennung durch HKV
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.2	Hauptausschuss	als Verwaltungsleiterin (Einladung als Gast)
Höhere Kommunalverbände	B 10 B 10.1 B 10.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand geborenes Mitglied
Zweckverband Euregio Rhein-Waal	B 11 B 11.1	Euregiorat	geborenes Mitglied
Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas	B 13 B 13.1	Delegiertenversammlung	§ 113 Abs. 2 GO
Rheinischer Blindenfürsorgeverein 1886 Düren	B 28 B 28.1 B 28.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand geborenes Mitglied (Vorsitzende lt. Satzung)
Region Köln/Bonn e. V.	B 29 B 29.1 B 29.2	Mitgliederversammlung Vorstand	§ 113 Abs. 2 GO LA-Beschluss
Verschönerungsverein Naturpark Siebengebirge	B 30 B 30.1	Beirat	geborenes Mitglied (ständige Vertretung durch LVR-FBL 92)
Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz	B 32 B 32.1	Vorstand	geborenes Mitglied
Altenberger Dom-Verein e. V.	B 33 B 33.1 B 33.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand geborenes Mitglied (ständige Stellvertretung in MV und Vorstand durch LVR- Dez'in 9)

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Direktorin Mitglied aufgrund
Fachhochschule Köln	B 35 B 35.2	Hochschulrat	Ernennung durch Wissenschaftsministerium NRW
Freundeskreis Abtei Brauweiler e. V.	B 40 B 40.1 B 40.2 B 40.3	Mitgliederversammlung Kuratorium Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand geborenes Mitglied geborenes Mitglied (ständige Stellv. durch LVR- Dez'in 9)
Zentral-Dombau-Verein	B 41 B 41.1 B 41.2	Hauptversammlung Gesamtvorstand	persönliche Mitgliedschaft LD'in Wahl durch Hauptversammlung
Freunde des Wallraf-Richartz-Museums und Museums Ludwig e. V.	B 42 B 42.1 B 42.2	Mitgliederversammlung Ausschuss	als Mitglied des Ausschusses ex officio (Kraft ihres Amtes)
Förderverein Kulturhaus ehemalige Landsynagoge Titz-Rödingen	B 46 B 46.1 B 46.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand geborenes Mitglied (ständige Stellvertretung in MV und Vorstand durch Frau Grübel, LVR-FB Kultur)
RheinEnergie AG	B 51 B 51.1	Beirat	Berufung durch Vorstand
Förderverein Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e. V.	B 54 B 54.1 B 54.2	Mitgliederversammlung Kuratorium	Entscheidung LD'in Berufung durch Vorstand
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	B 75 B 75.1	Hochschulrat	Ernennung durch Wissenschaftsministerium NRW
Schlossbauverein Burg an der Wupper, Solingen	B 90 B 90.1	Beirat	geborenes Mitglied
Stiftungen			
Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlerevier	C 2	Geschäftsführerin	Beschluss Vorstand
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR	C 8 C 8.1	Vorstand	§ 113 Abs. 2 GO

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	Ifd. Nr.	Gremium	LVR- Direktorin Mitglied aufgrund
Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler	C 15 C 15.2	Stiftungsrat	Entscheidung LD'in
Stiftung Abtei Heisterbach	C 19 C 19.1	Kuratorium	geborenes Mitglied
Kultur- und Sozialstiftung der Provinzial Rheinland Versicherungen	C 24 C 24.1	Vorstand	geborenes Mitglied (stellv. Vorsitzende)
Gold-Kraemer-Stiftung	C 33 C 33.1	Kuratorium	Benennung durch Domprobst zu Köln; persönliche Benennung von LD'in

Erste Landesrätin und LVR – Dezernentin Finanz- und Immobilienmanagement

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	ELR' in Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
Provinzial Rheinland Holding AöR	A 3 A 3.3	Verwaltungsrat (ab 03.11.2014)	ständige Vertreterin von LD'in, von LD'in ernannt
Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH	A 8 A 8.2	Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO
Rheinland Kultur GmbH	A 9 A 9.2	Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO
Haus Freudenberg GmbH	A 11 A 11.2	Aufsichtsrat (ab 03.11.2014)	Stellvertreterin von LD'in (Entscheidung LD'in)
Energeticon gGmbH	A 12 A 12.1	Gesellschafterversammlung (bis 03.11.2014)	§ 113 Abs. 2 GO
vogelsang ip gemeinnützige GmbH	A 15 A 15.1 A 15.2	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat (bis 03.11.2014)	§ 113 Abs. 2 GO Stellvertreterin von LVR- Dez. Karabaic (Entscheidung LD'in)
Erste Abwicklungsanstalt	A 17 A 17.1	Trägerversammlung (bis 24.10.2014)	LA- Beschluss
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.7 B 4.10	Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie (ab 01.03.2014) Finanzausschuss	Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand) Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand)
Städtetag NRW	B 5 B 5.6 B 5.8 B 5.10	Sozial- und Jugendausschuss (ab 01.03.2014) Wirtschaftsausschuss Finanzausschuss	Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand) Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand) Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand)
Deutscher Landkreistag	B 6 B 6.4 B 6.6	Finanzausschuss Wirtschafts- und Verkehrsausschuss (bis 25.02.2014)	Benennung durch HKV Benennung durch HKV

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	ELR' in Mitglied aufgrund
Landkreistag NRW	B 7	Finanzausschuss	Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand)
	B 7.3		
	B 7.5	Sozial- und Jugendausschuss (ab 01.03.2014)	Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand)
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit (ab 01.03.2014)	ständiger Gast (Entscheidung LD'in)
	B 9.3		
	B 9.4	Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft	ständiger Gast (Entscheidung LD'in)
Höhere Kommunalverbände	B 10	Mitgliederversammlung	Begleitung von LD'in
	B 10.1		
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)	B 16	Mitgliederversammlung Verwaltungsrat	LA-Beschluss Wahl durch Mitgliederversammlung
	B 16.1		
	B 16.2		
Fachhochschule Köln	B 35	Kuratorium	Berufung durch Präsident/-in der FH Köln
	B 35.1		
Leuchtendes Rheinpanorama e. V.	B 52	Mitgliederversammlung	LA-Beschluss
	B 52.1		
Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister	B 71	Verbandsversammlung	Stellvertreterin von LVR- Dez. vom Scheidt (LA-Beschluss)
	B 71.1		
Fachverband der Kämmerer in Nordrhein-Westfalen e. V.	B 74	Hauptversammlung	Entscheidung ELR'in
	B 74.1		
Kommunaler Arbeitgeberverband NW (KAV)	B 78	Vorstand	Wahl durch Hauptausschuss
	B 78.1		
Stiftungen			
Stiftung Preußen-Museum NRW	C 7	Anlagebeirat	Entscheidung durch Stiftungsrat
	C 7.3		
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR	C 8	Vorstand (bis 03.11.2014)	Stellvertreterin von LD'in (Entscheidung LD'in) (+ Geschäftsführerin der Stiftung)
	C 8.1		
Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler	C 15	Vorstand	Wahl durch Stiftungsrat auf Vorschlag LD'in (Vorsitzende)
	C 15.1		

LVR – Dezernent Personal und Organisation

Beteiligung / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernent 1 Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
PROVINZIAL Rheinland Holding	A 3 A 3.3	Verwaltungsrat (bis 03.11.2014)	ständiger Vertreter von LD'in, von LD'in ernannt
Energeticon gGmbH	A 12 A 12.1	Gesellschafterversammlung (ab 03.11.2014)	§ 113 Abs. 2 GO
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.3 B 4.4	Rechts- und Verfassungsausschuss Personal- und Organisationsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.2 B 5.3	Rechts- und Verfassungsausschuss Personal- und Organisationsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Landkreistag NRW	B 7 B 7.2	Ausschuss für Verfassung, Verwaltung und Personal	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.5	Rechts-, Verfassungs-, Personal- und Organisationsausschuss	Entscheidung LD'in, ständiger Gast
KölnAlumni – Freunde und Förderer der Universität zu Köln e. V.	B 37 B 37.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in
Universitätsgesellschaft Bonn - Freunde, Förderer, Alumni e. V.	B 38 B 38.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in
Innenministerium des Landes NRW	B 60 B 60.1	Landespersonalausschuss	Benennung durch Land NRW auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW
Zweckverband KDN – Dachverband kommunaler It-Dienstleister	B 71 B 71.1	Verbandsversammlung	LA-Beschluss

LVR – Dezernent Jugend

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernent 4 Mitglied aufgrund
Vereine / Verbände			
Städtetag NRW	B 5 B 5.6	Sozial- und Jugendausschuss (bis 01.03.2014)	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.3	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit (bis 01.03.2014)	Entscheidung LD'in, Ständiger Gast
Förderverein Kölner Runder Tisch für Integration e.V.	B 73 B 73.1	Mitgliederversammlung (bis 01.03.2014)	Entscheidung LD'in;
Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter	B 79 B 79.1	Mitgliederversammlung	
Stiftungen			
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR	C 8 C 8.1	Vorstand (ab 03.11.2014)	Stellvertreter von LD'in (Entscheidung LD'in)
RheinEnergieStiftung Familie	C 22.2 C 22.21	Stiftungsrat (bis 01.03.2014)	Berufung durch Vorstand

LVR – Dezernent Schulen

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernent 5 Mitglied aufgrund
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.5	Schul- und Bildungsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.4	Schulausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.6	Schul-, Kultur- und Sportausschuss	Entscheidung LD'in, Ständiger Gast

LVR – Dezernent Soziales und Integration

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	Ifd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernent 7 Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
Haus Freudenberg GmbH	A 11 A 11.2	Aufsichtsrat (bis 03.11.2014)	Stellvertreter von LD'in (Entscheidung LD'in)
Vereine / Verbände			
Neurologisches Rehabilitationszentrum „Godeshöhe“ e. V.	B 15 B 15.1	Mitgliederversammlung (bis 24.10.2014)	LA-Beschluss
Rheinischer Blindenfürsorgeverein 1886 Düren	B 28 B 28.1 B 28.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als Vorstandsmitglied geborenes Mitglied (stellv. Vorsitzende lt. Satzung)
Stiftungen			
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR	C 8 C 8.2	Beirat (bis 03.11.2014)	Entscheidung LD'in

LVR – Dezernentin Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 8 Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
Klinikum Oberberg GmbH	A 10 A 10.1	Gesellschafterversammlung (ab 03.11.2014)	§ 113 Abs. 2 GO
	A 10.3	Psychiatrieausschuss	geborenes Mitglied; Vorsitzende lt. Geschäfts- ordnung
Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH	A 14 A 14.2	Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.8	Gesundheitsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.7	Gesundheitsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Deutscher Landkreistag	B 6 B 6.6	Gesundheitsausschuss	Benennung durch HKV
Landkreistag NRW	B 7 B 7.4	Gesundheitsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.3	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit	Entscheidung LD'in, ständiger Gast
Neurologisches Rehabilitationszentrum „Godeshöhe“ e. V.	B 15 B 15.1	Mitgliederversammlung (ab 24.10.2014)	LA-Beschluss
Krankenhausgesellschaft NW e. V.	B 18 B 18.1 B 18.2	Mitgliederversammlung Vorstand	LA- Beschluss LA- Beschluss
Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger Psychiatrischer Krankenhäuser	B 89 B 89.1	Tagungen der Mitglieder	
Stiftungen			
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR	C 8 C 8.2	Beirat	Entscheidung LD'in

LVR – Dezernentin Kultur und Umwelt

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 9 Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
Energeticon gGmbH	A 12 A 12.2	Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO
vogelsang ip gemeinnützige GmbH	A 15 A 15.1 A 15.2	Gesellschafterversammlung (bis 03.11.2014) Aufsichtsrat	Stellvertreterin von ELR'in (Entscheidung LD'in) § 113 Abs. 2 GO
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.6	Kulturausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.5	Kulturausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Deutscher Landkreistag	B 6 B 6.5	Kulturausschuss	Benennung durch HKV
Landkreistag NRW	B 7 B 7.6	Ausschuss für Schule, Kultur und Sport	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.6	Schul-, Kultur- und Sportausschuss	Entscheidung LD'in, ständiger Gast
Kulturpolitische Gesellschaft e. V.	B 19 B 19.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in
Brühler Schlosskonzerte e. V.	B 24 B 24.1	Kuratorium	Berufung durch Vorstand
Zweckverband "Naturpark Schwalm-Nette"	B 25 B 25.1	Verbandsversammlung	Entscheidung LD'in, beratend als Gast
Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande	B 31 B 31.1 B 31.2	Mitgliederversammlung Vorstand	Entscheidung LD'in Wahl durch Mitglieder- Versammlung (Vorsitzende)
Altenberger Dom-Verein e. V.	B 33 B 33.1 B 33.2	Mitgliederversammlung Vorstand	ständige Vertreterin von LD'in ständige Vertreterin von LD'in
Freundeskreis Abtei Brauweiler e. V.	B 40 B 40.3 B 40.4	Vorstand Geschäftsführender Vorstand	ständige Vertreterin von LD'in geborenes Mitglied

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 9 Mitglied aufgrund
Freunde des Wallraf-Richartz-Museums und Museums Ludwig e. V.	B 42 B 42.1 B 42.2	Mitgliederversammlung Ausschuss	als Ausschussmitglied ex officio (Kraft ihres Amtes)
Verein zur Förderung von Architektur und Städtebau e. V. (hdak)	B 45 B 45.1	Beirat	Berufung durch Vorstand
Verein Niederrhein e. V.	B 48 B 48.1	Hauptvorstand	geborenes Mitglied (beratend)
Verein Beethoven-Haus Bonn	B 55 B 55.1	Kuratorium	Entscheidung LD'in
Sauerländischer Gebirgsverein e. V.	B 57 B 57.1	Beirat	Berufung durch Präsidium
Verein der Freunde und Förderer des Klosters Saarn e. V.	B 59 B 59.1	Beirat	Berufung durch Vorstand
Kulturraum Niederrhein e. V.	B 61 B 61.1	Kulturdezernentenkonferenz	
Freunde und Förderer des Industriemuseums Cromford e. V. (Ratingen)	B 63 B 63.1	Kuratorium	Berufung durch Vorstand
Nordrhein-Westfalen Tourismus e. V.	B 67 B 67.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in
Hochschule Rhein-Waal	B 76 B 76.1	Hochschulrat	Ernennung durch Wissenschaftsministerium NRW
Stiftungen			
Sparkassen-Kulturstiftung Rheinland	C 1 C 1.1 C 1.2	Kuratorium Vorstand	geborenes Mitglied (beratend) geborenes Mitglied (beratend)
Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlenrevier	C 2 C 2.1	Vorstand	LA- Beschluss
Stiftung Zanders - Papiergeschichtliche Sammlung	C 5 C 5.1	Vorstand	LA- Beschluss (stellv. Vorsitzende)
Stiftung Preußen-Museum NRW	C 7 C 7.1 C 7.2	Stiftungsrat Kuratorium (bis 02.09.2014)	Teilnahme eines Verwaltungsvertreters als Gast (Entscheidung LD'in) § 113 Abs. 2 GO
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR	C 8 C 8.2	Beirat	Entscheidung LD'in

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 9 Mitglied aufgrund
Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur	C 9 C 9.1	Kuratorium	LA-Beschluss (Wahl durch Kuratorium)
Stiftung Wilhelm Lehbruck Museum	C 10 C 10.1 C 10.2	Kuratorium Anlageausschuss	§ 113 Abs. 2 GO Entscheidung Kuratorium
Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II	C 11 C 11.1	Kuratorium (bis 03.11.2014)	§ 113 Abs. 2 GO
Stiftung Schloss und Park Benrath	C 12 C 12.1	Kuratorium	§ 113 Abs. 2 GO
Förderstiftung Museum Kurhaus Kleve	C 13 C 13.1	Kuratorium	§ 113 Abs. 2 GO
Stiftung Schloss Dyck	C 14 C 14.1 C 14.3	Stiftungsrat Anlageausschuss	§ 113 Abs. 2 GO Beschluss Stiftungsrat
Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler	C 15 C 15.2	Stiftungsrat	Entscheidung LD'in
Stiftung Max Ernst	C 16 C 16.2	Stiftungsrat	§ 113 Abs. 2 GO
Stiftung Zollverein	C 18.1 C 18.11 C 18.12 C 18.14	Stiftungsrat (ab 03.11.2014) Kuratorium (bis 03.11.2014) Beirat Denkmalpfad ZOLLVEREIN/Kokerei	Entscheidung LD'in nach LA-Beschluss § 113 Abs. 2 GO Mitwirkung auf Wunsch der Stiftung Zollverein
Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH	C 18.2 C 18.21	Aufsichtsrat (ab 03.11.2014)	als Vertreterin im Stiftungsrat der Stiftung Zollverein
Nordrhein-Westfalen-Stiftung Heimat- und Kulturpflege	C 20 C 20.1	Stiftungsrat	Entscheidung LD'in, Berufung durch Land NRW
RheinEnergieStiftung Kultur	C 22 C 22.1	Stiftungsrat	Berufung durch Vorstand
Stiftung Neanderthal Museum	C 27 C 27.1	Stiftungsrat	§ 113 Abs. 2 GO
Stiftung Illustration	C 28 C 28.1	Kuratorium	Entscheidung LD'in (beratend)
Bürgerstiftung für verfemte Künste mit der Sammlung Gerhard Schneider, Solingen	C 29 C 29.1	Vorstand (bis 03.11.2014)	§ 113 Abs. 2 GO
Stiftung Ruhr Museum	C 30 C 30.1	Kuratorium (bis 03.11.2014)	§ 113 Abs. 2 GO
Stiftung Kunstfonds zur Förderung der zeitgenössischen bildenden Kunst	C 31 C 31.1	Beirat für das Archiv für Künstlernachlässe	§ 113 Abs. 2 GO

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	Ifd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 9 Mitglied aufgrund
Landes-Stiftung Arp Museum Bahnhof Rolandseck	C 34 C 34.1	Kuratorium	Berufung durch die für Kultur zuständige Ministerin des Landes Rheinland-Pfalz
Sonstige Mitgliedschaften			
Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur	D 5 D 5.1	Beirat	§ 113 Abs. 2 GO